L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

III. Wahlperiode / 16. Sitzung.
4. Sitzungsperiode 1930 (1)

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag, den 25. November 1930 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Die Regierungskommission ist vertreten durch die Herren:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Ministerialrat Schäfer, als Vertreter des Regierungskommissars für das Arbeitswesen.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Kommerzienrat Dr.Dr. Herm.Röchling (DSV); Gladel (Z)-Felsberg; Schneider (SP)-Scheidt; Dr. Sender (SP)-Saarbrücken.

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 30 Minuten).

Meine Herren! Wir treten heute zum ersten Male zusammen, seitdem ein furchtbares Grubenunglück auf Grube Maybach über 90 Saarbergleute mitten aus dem Leben gerissen hat. Das furchtbare Unglück löste damals allgemeine Trauer und Anteilnahme aus und ich hatte mir gestattet in Ihrem Namen allen betroffenen Familien in einem persönlichen Schreiben das Beileid des Landesrates zum Ausdruck zu bringen. In gleichem Maße habe ich in einem Schreiben der Regierungskommission, der Grubendirektion, den Bergarbeiterorganisationen und der Gemeinde Friedrichstal das Beileid des Landesrates zum Ausdruck gebracht.

Auch in der heutigen Sitzung soll der erste Gedanke den Toten von Maybach sein. Den Toten ein allzeitiges ehrendes Gedenken, den Lebenden und Schaffenden Schutz und Hilfe, soweit menschliche Kraft und Macht es vermag.

Sie haben sich zu Ehren der Toten von Ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen. Ich darf in diese Ehrung auch einschließen die vielen Opfer, die das Alsdorfer Grubenunglück gefordert hat.

Wir

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Wir treten jetzt in die

Tagesordnung

ein. Sie liegt Ihnen vor, und lautet:

I. Bildung der Kommissionen;

II. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1. Ladenschluß am 24. Dezember;
2. Erhöhung der in § 68 H.G.B. und § 133 a,b, G.O. vorgesehenen Gehaltsgrenzen;
3. Kündigungsschutz für ältere Angestellte;
4. Arbeiterzentralstelle für das Saargebiet;
5. Ergänzung des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen;
6. Änderung des Feld-und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880;
7. Jugendgerichtsverordnung;
8. Regelung des Wohnungswesens;
9. Änderung des Scheckgesetzes und des Wechselsteuergesetzes.

Wir beginnen mit Ziffer I. Ich schlage Ihnen vor, die Kommissionen in der bisherigen Besetzung zu belassen. - Widerspruch erhebt sich nicht; ich stelle somit Ihr Einverständnis fest. -

Wir kommen dann zur Vorlage 1 betreffend:

Ladenschluß am 24. Dezember.

Die Vorlage läuft darauf hinaus, die offenen Verkaufsstellen nur bis 5 Uhr nachmittags offen zu halten, die Genußmittel und Gebrauchsmittelgeschäfte bis 6 Uhr. In der Vorbesprechung sind die Parteien darin übereingekommen, die Vorlage ohne Kommissionsberatung zu verabschieden allerdings mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen auch auf diejenigen Verkaufsstellen ausgedehnt werden, die auf bahneigenem Gelände liegen, so wie es das deutsche Gesetz vorsieht.

Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Wir

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4 I

Wir kommen jetzt zur Vorlage 2 betreffend:

Erhöhung der in § 68 H.G.B. und § 133 a b G.O. vorgesehenen Gehaltsgrenzen.

Mit Rücksicht auf die außerordentlich schlechte Lage auf dem kaufmännischen Stellenmarkt ist es unbedingt erforderlich, die Kündigungsschutzbestimmungen des HGB und der GO auch auf Angestellte, die über 1500 bis 2750 Franken im Monat verdienen, auszudehnen. In der Regierungsverordnung ist die Gehaltsgrenze mit 33 000 Franken vorgesehen. Dazu kommt ein Antrag der Sozialdemokraten, die Summe von 33 000 Franken auf 50 000 Franken zu erhöhen.

Das Wort hierzu hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP-O): Die Kommunistische Fraktion-Opposition-stimmt dem Antrag der Sozialdemokraten zu.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Blügel!

Abg. Blügel (Z): Die Zentrumsfraktion beantragt, die Vorlage 2 sowie auch die Vorlage 3 betr. Kündigungsschutz für ältere Angestellte, wenn letztere auch nicht vollauf befriedigt, debattenlos anzunehmen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg. Heckler (KP): Wir stimmen dem Antrag der Sozialdemokratie zu. Zur Vorlage 3 betr. Kündigungsschutz für ältere Angestellte, beantragen wir, diese in die Kommission zu verweisen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Wir stehen auf dem Standpunkt des Zentrums.

Vorsitzender: Zur Vorlage 3 betr. Kündigungsschutz für ältere Angestellte sind zwei Anträge gestellt, einmal auf debattenlose Verabschiedung und zweitens auf Verweisung in die Kommission. Wenn der Antrag auf Verweisung in die Kommission 3 Stimmen erhält, muß die Vorlage geschäftsordnungsmäßig in die Kommission verwiesen werden.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann (SP) Ich möchte darauf hinweisen, daß einer Menge dieser älteren Angestellten die Kündigung bereits ausgesprochen wurde. Wir lassen uns von dem Gedanken leiten, daß die Vorlage verabschiedet werden soll, weil sie sich den Bestimmungen im Reich anpaßt, auch wenn wir weitergehende Anträge stellen. Die Beratung in der Kommission wird letzten Endes eine Hinausschiebung der Verabschiedung bedeuten. Darum bitten wir, daß die Kommunisten ihren Antrag zurückziehen, damit die Vorlage noch vor Weihnachten in Kraft tritt.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Ministerialrat Schäfer!

Ministerialrat Schäfer: Ich möchte die Bitte aussprechen, von einer Kommissionsberatung wenn irgend möglich, abzusehen. Wir haben die Vorlage dem deutschen Gesetz angepaßt, und es besteht auch

die

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4 I

die Tatsache, daß seitdem es bekannt ist, daß die Vorlage dem Landesrat vorliegt, einer Menge Angestellten gekündigt worden ist. Wenn die Verabschiedung der Vorlage hinausgeschoben wird, wird diesen Leuten der Schutz entzogen. Es liegt also im Interesse der Angestellten, daß die Vorlage schnell zur Verabschiedung kommt.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg. Weiß (KPO): Ich möchte den Herren Vorrednern sagen, wenn die Angestellten benachteiligt werden und nichts Besseres zu erreichen ist, dann können wir den Landesrat in Wohlgefallen auflösen und die deutschen Bestimmungen im Saargebiet einführen.

(Zurufe: Wenn wir das könnten!)

Wir sind der Auffassung, daß uns die Regierungskommission vor eine Entscheidung stellen will über einen Verordnungsentwurf, der schon lange im Schoße der Regierungskommission liegt. Die Regierungskommission hat monatelang Zeit gehabt, dem Landesrat diese Verordnung zugehen zu lassen. Wir sind nicht diejenigen, die schuld daran sind, wenn die Angestellten entlassen werden, sondern die Regierungskommission ist der schuldige Teil. Wir sind der Meinung, daß diese einschneidenden Bestimmungen über Kündigungsschutz der Angestellten eine andere Regelung bedürfen und daß diese Fragen zuerst in der Kommission behandelt werden müssen.-

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Der Herr Abgeordnete Weiß hat die Ausführungen des Herrn Ministerialrats Schäfer offenbar mißverstanden. Nicht die Regierungskommission, sondern die Angestellten haben ein dringendes Interesse an der sofortigen Verabschiedung der Vorlage. Ich muß mich entschieden gegen die Unterstellung verwahren, daß die Regierungskommission eine Kommissionsberatung nicht wünsche.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Blügel!

Abg. Blügel (Z): Das Kündigungsschutzgesetz setzt sich zusammen aus Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches und es wird schwerlich etwas Besseres herausgeholt werden können. Wir bedauern, daß durch den Antrag der Kommunisten der Kündigungsschutz weiter hinausgeschoben wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg. Heckler (KP): Es wird Ihnen bekannt sein, daß wir in Deutschland dieses Schutzgesetz haben, trotzdem werden aber Hunderttausende von Angestellten entlassen. Wir müssen die Vorlage in der Kommission beraten, da wir nicht nur den Angestellten, sondern auch den Arbeitern diesen Schutz bieten müssen. Wir beantragen Beratung der Vorlage in der Kommission.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reichard!

Abg. Reichard (DNVP): Die Vorlage betrifft eine solch wichtige Angelegenheit, daß sie keinen Aufschub duldet. Ich möchte bitten, daß die Vorlage heute verabschiedet wird.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Diehl!

Abg. Diehl (DSV): Meine Fraktion stimmt für sofortige Verabschiedung der Vorlage.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll (DWP): Ich stimme auch für sofortige Verabschiedung der Vorlage.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

Abg. Backes (Chrl.SP): Ich stimme auch für sofortige Verabschiedung der Vorlage. Der Schutz für die Arbeiter wird eine besondere Vorlage erfordern.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Ich möchte vorschlagen, daß wir in der Kommission anregen, eine weitere Kündigungsschutzverordnung zu verlangen. Ich möchte aber auch dringend zum Ausdruck bringen, daß nicht die Regierungskommission eine beschleunigte Verabschiedung haben will, denn wenn sie es gewollt hätte, dann hätte sie es schnell gemacht. Wenn die Regierungskommission kein Interesse daran hat, dann haben wir Interesse daran, den Angestellten einen Gefallen zu tun.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg. Weiß (KPO): Wenn die Dringlichkeit in den Vordergrund gestellt wird, so muß ich sagen, daß innerhalb 14 Tagen bis der Landesrat wieder zusammentritt, die Kommission mit der Beratung fertig sein wird.

Vorsitzender: Ich lasse abstimmen. Wer für den Antrag ist, die Vorlage in die Kommission zu verweisen, möge die Hand erheben.
Ich stelle fest, daß 4 Stimmen dafür sind. Der Antrag ist angenommen, die Vorlage wird in die Kommission verwiesen. Die Vorlage geht in die 3.und 7. Kommission.

Die übrigen Vorlagen, die auf der Tagesordnung stehen, werden wie folgt in die Kommissionen verwiesen:

Vorlage	4	in die	Kommission	3 und	7
"	5	"	"	" 8	
"	6	"	"	" 3 und	8
"	7	"	"	" 8	
"	8	"	"	besondere Wohnungskommission	
"	9	"	"	Kommission 3 und	5

Meine Herren! Damit ist die Tagesordnung als solche erschöpft.

Es liegt eine Menge Anträge vor , die eine Aussprache notwendig machen.

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Wir haben am Anfang unserer heutigen Sitzung einer Ehrenpflicht genügt gegenüber den toten Bergleuten und zwar aus der schuldigen Ehrfurcht heraus vor ihrem großen Sterben für unser ganzes Volk. Diese Ehrfurcht gilt es auch den lebenden Bergleuten zuzuwenden. Sie macht es uns zur Pflicht, aus dem erlebten Massensterben unserer Bergleute zwingende Schlußfolgerungen für die Lebenden zu ziehen. Gemäß diesen Schlußfolgerungen sind ja Anträge eingegangen, die sich mit der Bergarbeiterfrage beschäftigen und eine Besprechung notwendig machen.

Meine Herren! Diese Schlußfolgerungen sollen praktische Taten sein und zwar in zweifacher Hinsicht:

1) alles menschliche Können ist anzuspannen, um die Grubensicherheit so gut wie möglich auszubauen, den größtmöglichen Schutz für Leben und Gesundheit der Bergleute zu gewährleisten;

2) dem Bergmannsstand endlich die ihm zustehende Achtung und Wertung zu schenken.

Zu 1). Massenunglücke lenken den Blick der Welt auf die Gefährlichkeit und Schwere des Bergmannsberufes. Mitleid, Anteilnahme sind dann allgemein. Es fließen Spenden und es fallen reichlich Trostworte. Dafür sind die Bergleute, sind ihre Angehörigen dankbar. Aber damit darf es sein Bewenden nicht haben. Die ständige Sorge um Besserung der Berufslage und um Sicherung der Arbeitsverrichtung der Bergleute muß unbedingt anschließend sein.

Massenunglücke sind weiterhin bemerkbar. Unbeachtet bleiben aber die Einzelunfälle, die der Bergbau täglich fordert, die aber die Gefährlichkeit und Schwere des Bergmannsberufes in erschreckendem Maße zeigen. Bleiben wir mal beim Bergbau unserer Heimat, ohne noch den Bergbau des benachbarten Lothringens zu berücksichtigen, so können wir folgendes feststellen:

Von 1884 bis 1930, für diese Zeit nur konnte ich Unterlagen bekommen, kamen im Bergbau unserer Heimat 13 Massenunglücke vor, die zusammen 642 Tote forderten. Also in einem Zeitraum von 46 Jahren. Von 1920 bis 1.Juli 1930 also in 10 1/2 Jahren wurden aber im Bergbau unserer Heimat 645 Bergleute durch Einzelunfälle getötet. Das zeigt uns, daß die Masse an tödlichen Unfällen durch fortwährende Einzelunglücke verursacht wird, die aber in der Welt unbeachtet bleiben.

Noch schlimmer illustrieren folgende Zahlen die Masse an Einzelunfällen und die Gefährlichkeit der Bergarbeit:

Von 1920 bis 1.Juli 1930 passierten im Saarbergbau, soweit die Unfälle gemeldet wurden, 118 942 Einzelunfälle. In diesen 10 1/2 Jahren betrug die Zahl der Arbeitstage 2990, sodaß auf jeden Arbeitstag im Saarbergbau in den letzten 10 1/2 Jahren 39,8 Einzelunfälle kommen. Gewiß, darunter sind auch leichte Verletzungen; der Bergmann hat aber gegenüber sich und seiner Familie die Pflicht, auch die leichteste Verletzung anzumelden, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß durch einen Stoß an's Knie, daß durch eine Verletzung am Finger, sich in der Folgezeit Krankheiten bemerkbar machten, die oft die schwersten Folgen nach sich zogen, aber als Unfall nicht anerkannt wurden, weil

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

wurden, weil sie nicht fristgemäß angemeldet waren. Aber in der Zahl von 118 942 Unfällen befinden sich, soweit feststellbar war, von 1922 bis 1.Juli 1930 17 524 Einzelunfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von 4 und mehr Wochen nach sich zogen. Nimmt man die Zahl der Arbeitstage in diesem Zeitraum von 8 1/2 Jahren, so entfallen auf jeden Arbeitstag im Saarbergbau 7,2 schwere Unfälle. Nun ist die Zahl der Bergleute ja garnicht erfaßbar, die infolge Berufskrankheiten frühzeitig sterben, die aber die Opfer erhöhen, die die schwere Bergarbeit tagtäglich fordert, und denen noch nicht der genügende Schutz oder deren Hinterbliebenen noch nicht die genügende Hilfe durch die Gesetzgebung zuteil geworden ist.

Meine Herren! Diese Sachlage zwingt zu Maßnahmen und zwar zunächst zur Erhöhung der Grubensicherheit, zur Schaffung von mehr Recht für die Vertretung der Bergleute in den Betrieben, bei der Grubenkontrolle, bei der Überwachung der Betriebe, beim Einhalten der bestehenden Sicherheitsvorschriften. Sie zwingen dazu, diese Unglücke, daß dem Bergmann mehr Zeit und Raum zur Beachtung der erlassenen Sicherheitsvorschriften gewährt werden und ihm eine bessere materielle und seelische Wertung zuteil wird.

Die Zentrumsfraktion hat aus diesen Erwägungen heraus schon am 4.November 1930 bestimmte Forderungen betreffend die Grubensicherheit, Recht der Vertretung der Bergleute der Regierungskommission unterbreitet, sodaß es heute unnötig ist, diese Forderungen nochmals vorzutragen, da sie ja durch die Presse bekannt geworden sind.

Der erste Teil der Forderungen beschäftigt sich mit den Vorgängen auf der Grube Maybach selbst und der zweite mit den Forderungen, die noch der Verwirklichung harren.

Es darf nicht so sein, meine Herren, und diese Mahnung richte ich insbesondere an die Regierungskommission, daß man sich jetzt vielleicht begnügt, festzustellen, wodurch die Schlagwetter entzündet, die Explosion ausgelöst wurde. Gewiß, das ist auch sehr wichtig, um nützliche Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Aber genau so wichtig, wenn nicht noch wichtiger, ist es, festzustellen, warum eine Explosion von diesem Umfang ausgelöst werden konnte, die solch verheerende Wirkung hatte und so viel Leid und Weh verursachte. Darum haben wir gefordert - nicht aus Schikane gegenüber der französischen Grubenverwaltung, wir sehen doch, mit welcher Strenge drüben im Reich vorgegangen wird -, daß auch die Untersuchung genau stattfindet, wie es vor dem Unglück in Maybach aussah. Die Temperatur war hoch, nach Berichten über 28° Schlagwetter waren da, -diese werden sich allerdings nie ganz vermeiden lassen -ständige Brandwache war angeordnet; da taucht doch die Frage auf, warum wurde dieser so gefährliche Teil nicht stillgelegt bis zur Beseitigung der Gefahr, bis die Wetterführung so verbessert war, daß die Schlagwetter nicht mehr zum explosiblen Gemisch hätten führen können. War die Wetterzufuhr der Grube Maybach in der 4.Tiefbausohle genügend ? Standen die maßgebenden Wettertüren (jeder, der im Bergbau gearbeitet hat, weiß diese Bedeutung zu schätzen) auf der dritten Sohle, um die Wetter nach Sohle 4 zu bringen, unter ständiger Aufsicht? Ist es nicht leicht möglich, wenn ein Querschlag durch ein sprunghaftes Gebirge führt und es hat ein Zug die Wettertüre passiert, die Tür durch irgend einen Umstand hängen bleibt und so vielleicht 10 Minuten eine Viertelstunde offen bleibt, und so die Wetter den kürzesten Ausgang nach dem Schacht nahmen ? War die Zahl der Gesteinsstaubsperren genügend und waren sie an den richtigen Stellen angeordnet ?

Meine Herren! Das sind Fragen, die genau untersucht

werden

L.A. Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

werden müssen, denn davon ist es abhängig, wie es auf Grube Maybach vorher aussah, um die richtigen Schlußfolgerungen für die Zukunft ziehen zu können.

Untersuchungen fanden statt, das Ergebnis ist noch nicht offiziell bekannt gegeben worden. Der Herr Staatsanwalt hat die Akten. Man muß also noch mit einem abschließenden Urteil zurückhalten. Aber das kann man wohl heute schon sagen, daß man sich nicht gleich ausschließlich mit der gefundenen Lampe begnügen soll, sondern, wie ich schon betont habe, mit den Zuständen, die es zur Explosion kommen ließen.

Diese Forderungen haben wir erhoben, und im zweiten Teil Forderungen, die sich um die Sicherung von Leben und Gesundheit der Bergleute und um Verbesserung des Gefahrenschutzes drehen. Da kann ich darauf verweisen, daß wir schon am 16. Dezember 1926 die Einführung von Grubenkontrolleuren nach Maßgabe der in Preußen geltenden Bestimmungen gefordert haben, und daß wir schon damals gefordert haben: Vertretungen der Bergarbeiter im Oberbergamt gemäß Vorschlägen der Bergarbeiterorganisationen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß eine Regierung, die ein Gebiet zu treuen Händen zu verwalten hat, ein Gebiet dessen Großteil der Bevölkerung im Bergbau arbeitet und vom Bergbau lebt, nicht diese billigen Forderungen schnellstens durchgeführt hat, und daß man gezwungen ist, sie heute wieder zu erheben. Was soll es geldlich ausmachen, wenn hier für den Saarbergbau ein Grubensicherheitsamt errichtet wird, in dem alles Können zusammenwirkt zur Sicherung von Leben und Gesundheit der Bergleute? Soll durch die Errichtung eines Grubensicherheitsamtes Abbruch getan sein dem Ansehen des Oberbergamts, das unter Leitung von französischen Staatsbeamten steht ? Soll es dessen Ansehen Abbruch tun, wenn in ihm auch Vertreter der Bergarbeiter mitwirken würden ? Würde dadurch der Bergbau Schaden nehmen, wenn man hinginge und würde die sehr kümmerlichen Rechte der Sicherheitsmänner ausdehnen ? Wenn man wenigstens ihnen das Recht gibt, daß sie nicht bei jeder Gelegenheit brotlos gemacht werden können, oder ihnen der Gedingelohn entzogen oder ihre Abteilungen aufgelöst werden können, um sie so loszuwerden. Wir müssen heute die ganze Bevölkerung aufrufen, gerade dieser Forderung für die Bergleute Nachdruck zu verleihen. Der Regierungskommission möchten wir sagen: Es ist gewiß dankbar empfunden worden, als der Präsident Wilton angesichts der 98 Särge sagte: "Bergmann, dein Los ist hart, Du bist ein Held deiner Berufsarbeit gewesen und ein Opfer dieser Berufsarbeit geworden!" Dabei soll man es allein nicht bewenden lassen, sondern soll auch dafür sorgen, daß es nicht erst zu diesen Katastrophen kommen kann und daß Leben und Gesundheit der Bergleute von der Regierungskommission ausreichend geschützt wird.

Ich komme zu 2. Der Bergmann wird nicht gemäß der Wichtigkeit, Schwere und Gefährlichkeit seines Berufes gewertet, weder materiell noch seelisch. Ich verweise nur auf das heutige schlimme Arbeitstempo. Dieses Arbeitstempo ist allerdings die Folge der Konkurrenzkämpfe, die auf dem Kohlenmarkte sich abspielen. Das S o l l steht heute im Mittelpunkt, und bei dem Antreibersystem, das wir gerade im Saarbergbau haben, schwindet zu stark das Menschliche aus dem Bergbau, weil nur auf Steigerung des Leistungseffektes gedrungen wird. Hier heraus hat sich ein Antreibersystem entwickelt, das leider Gottes die Kluft zwischen Arbeiter und Aufsichtsperson so tief verbreitert hat, weil den Aufsichtspersonen sonst die Prämien geschmälert werden, weil ihnen sonst der Brotkorb höher gezogen wird und weil sie darum so scharf hinter den Bergleuten her sein müssen. Darum müssen wir verlangen, daß mehr Menschlichkeit im Bergbau einzieht und aus diesem Grunde muß das Arbeitstempo im Bergbau gemildert werden.

Ein

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4 I

Ein Gebiet oder Land allein kann alle Miß-und Notstände nicht beseitigen. Wir können hier viele Forderungen erheben,besitzen aber allein nicht die Kraft sie alle durchführen zu können,darin müssen wir der Wahrheit die Ehre geben. Alles ist heute miteinander verflochten und darum muß das Streben aller Völker und aller Regierungen dahingehen, zu einer europäischen oder internationalen Verständigung in der Kohlenwirtschaft zu kommen. Diese Verständigung muß sich erstrecken auf die Kohlenförderung, die Absatzverteilung,Preisgestaltung und die Arbeitszeit sowie die soziale Versicherungsgesetzgebung. Das Menschliche muß überall beachtet werden. Der Mensch muß höher stehen als Steigerung des Leistungseffektes um einige Kilo. Voraussetzung dafür ist aber, daß in einem Lande wie im andern der Berarbeiterschutz und die Bergarbeiterversicherung in der rechten Weise gegeben ist. Es ist darauf zu achten,daß das Menschliche auch so überall mehr beachtet werden kann, und da möchte ich hier betonen, daß gerade die Menschen im Saarbergbau danach streben sollen, daß die Kluft nicht breiter wird, sondern daß aus der Gemeinsamkeit und der Gefährlichkeit des Berufes heraus es zu einem besseren Verstehen kommt.

Spenden sind geflossen und sie sollen nun verteilt werden. Ich gestatte mir, hierzu ein Wort zu sagen. Da wird nun zum größten Bedauern mit juristischen Knifflichkeiten gearbeitet, man sagt: die Spenden sind nur bestimmt für die Opfer von Maybach, und es wurde doch beantragt, auch derer zu gedenken, die bei dem Klarenthaler Unglück und die bei den Einzelunfällen Angehörige und Ernährer verloren haben. Es wird sicher kein Spender etwas dagegen haben, wenn so gehandelt wird. Ich will hier nur ein Beispiel anführen: ein Bergmann, der bei dem Grubenunglück in Maybach verschont wurde, geht am ersten Tage, an dem nach dem entsetzlichen Unglück wieder gearbeitet wird, zur Arbeitsstelle und wird vom Autobus totgefahren. Es ist dies eine ergreifende Tatsache. Soll die Frau nun mit ihren Kindlein von dem Genuß der Spenden ausgeschlossen sein ? Ich glaube,hier muß sich die Menschlichkeit über juristische Knifflichkeiten und Bedenken hinwegsetzen und man soll, soweit dies möglich ist, auch in den Fällen das Leid mildern, wo durch Einzelunfälle Angehörige umgekommen sind.

Als weiterer Schritt ist notwendig, daß der Rettungsdienst gut ausgebaut wird. Ich habe die Rettungsmannschaften bei ihrer Arbeit gesehen, ebenso auch viele, die hier im Saale sind. Ich habe Vertreter der Presse gesprochen und die haben mir gesagt: Die Rettungsmannschaften muß man hochachten, es sind Helden, die gerne ihr eigenes Leben einsetzen, um ihre toten Brüder oder die vielleicht noch am Leben gebliebenen, zu retten. Die Rettungsmannschaften sind geehrt worden und wir freuen uns über die Anerkennung, die sie gefunden haben.

Es ist aber wichtiger dafür zu sorgen, daß die Rettungsapparate modern sind und sicher arbeiten. Es wäre zu erwägen, ob es nicht nützlich ist, eine Zentralrettungskolonne zu schaffen, die vielleicht ihren Stamm in den Bergschülern in Saarbrücken haben könnte, welche öfters Übungen abhalten müßten und die dann, wenn wir mal wieder von einem Unglück heimgesucht werden sollten, mit schnellen Lastautos nach den gefährdeten Gruben gebracht werden. Neben dieser zentralen Rettungskolonne müßten aber selbstverständlich Rettungskolonnen auf den einzelnen Gruben bestehen, die nach und nach mit den modernsten Apparaten ausgerüstet werden müßten, sodaß es nicht mehr vorkommen dürfte, wie es in Maybach leider vorgekommen ist, daß der Sauerstoff nicht reicht und Rettungsmannschaften gasvergiftet zu Tage gebracht werden mußten.

Im

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Im Rahmen dieses möchte ich noch auf eins hinweisen: Die jugendlichen Bergarbeiter von 14 bis 18 Jahren bekommen trotz der Schwere ihrer Berufsarbeit keinen Urlaub. Der Saarbergbau würde nicht leiden und seine Rentabilität würde nicht flöten gehen, wenn diese jungen Leute Urlaub bekämen, um sich zu erholen und zu kräftigen. Wir müssen deshalb die Forderung erheben, daß die Arbeiter von 14 bis 18 Jahren ebenfalls Erholungsurlaub bekommen, wie dies im preußischen Bergbau bereits eingeführt ist.

Wir leben in einer harten Zeit und die Wirtschaftskrise lastet schwer auf uns. Die Arbeitslosenzahl wächst. Am 16.Oktober ds.J. waren 8175 gemeldet. Diese Zahl enthält aber nicht alle Arbeitslosen. Es fehlen darin die Saargänger, diese fallen dem Reichezur Last und diejenigen melden sich nicht, die von vornherein gewiß sind, daß sie keine Unterstützung zu beanspruchen haben.

Diese Not wirkt sich für die Gemeinden furchtbar aus. Die Gemeinden wissen nicht mehr, wo sie die Mittel hernehmen sollen, um die Ausgesteuerten zu erhalten, die nicht mehr unter die Erwerbslosenfürsorge fallen. Es ist Voraussetzung, daß sie 13 Wochen ununterbrochen gearbeitet haben, um unterstützungsberechtigt zu sein. Wie mancher arbeitet und wird nach einigen Wochen wieder entlassen. Hier muß doch die Regierungskommission ein Einsehen haben, weil sonst die Gemeinden nach und nach von den Lasten erwürgt werden, und sie muß im Interesse von Arbeitsbeschaffung den Gemeinden die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um produktive Arbeiten vornehmen lassen zu können.

Wir haben immer großes Gewicht auf die Kommunalanleihe gelegt. Bis heute ist sie noch nicht gekommen und darum muß es die Aufgabe der Regierungskommission sein, mehr wie bisher in der Sache zu tun. Schon oft sind in diesem Hause entsprechende Forderungen erhoben worden, ihnen muß bald Rechnung getragen werden. Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze genügt nicht. Das Ausgesteuertenproblem ist ungelöst. Große Projekte harren noch immer der Ausführung. Wir verweisen auf eine Eingabe der Bürgermeister des Saargebietes, die sich sehr klar und eingehend mit diesen Forderungen befaßt und wir stellen uns hinter diese Forderungen und ersuchen die Regierungskommission möglichst bald das Erforderliche zu tun, damit Arbeit beschafft werden kann.

Die Not ist noch vermehrt worden durch Unwetter und Hochwasser. Schon am 11.Oktober 1930 haben wir unseren Unterstützungsantrag an die Regierungskommission gerichtet und wir ersuchen die Regierungskommission, hier so zu handeln, daß man sagen kann: es wurde gerecht gehandelt.

Wir stehen heute kurz vor Weihnachten und da soll jeder Freude erleben und da möchte ich die Regierungskommission bitten, vorher der Ausgesteuerten, der Arbeitslosen und der Armen zu gedenken.

Es ist zu begrüßen, daß der frühere Ladenschluß kommt, aber es soll auch ermöglicht werden, daß die Leute früher kaufen können und darum ersuche ich die Regierungskommission und auch alle übrigen Arbeitgeber, Löhne und Gehälter einige Tage vor Weihnachten auszuzahlen, damit auch die notwendigen Einkäufe rechtzeitig gemacht werden können.

Das Interesse der Arbeiterschaft verlangt es, an dieser Stelle auf einen Krebsschaden hinzuweisen, der hier im Saargebiet eingerissen ist. Sie sehen diesen gelben Zettel hier. Er stammt aus einer Bergarbeiterfamilie. Es wurde derselben ein Warenpaket in die Hand gedrückt im Betrage von Fr. 2000.-.Die Frau hat unterschrieben. Das Paket kam an, die darin enthaltenen Sachen entsprechen nicht den vorgezeigten Mustern. Die Familie ist hereingelegt worden und muß bis 1932 monatlich 125 Fr. zahlen.

Woher

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Woher kommen nun diese geschäftstüchtigen Händler? Es sind lauter Existenzen, die nicht im Saargebiet geboren sind und denen gewährt man die Einreiseerlaubnis. Und diese dunklen Existenzen werden dann auf die armen Leute hier losgelassen. Ihnen wird von der Regierungskommission Tür und Tor geöffnet, und will,dann ein ehrlicher armer deutscher Arbeiter die Einreiseerlaubnis haben, dann werden ihm von derselben Regierungskommission Schwierigkeiten bereitet. Damit muß endlich Schluß gemacht werden. Das erfordert die Gerechtigkeit, das erfordert die Sauberkeit und das Interesse der Bevölkerung im Saargebiet.

(Bravo-Rufe im Zentrum !)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri(SP): Meine Herren! Die vielen Grubenkatastrophen der letzten Zeit haben in der ganzen Welt ein jähes Aufmerken für den Bergbau und seine Belegschaft gezeigt. Gleich einem feurigen Fanal wird das Weltgewissen auf die Vorgänge im Bergbau hingewiesen, wo Tausende Hinterbliebene die furchtbare Anklage des Nichtgebens gesetzlichen Schutzes erheben, die ihren, in einem schweren Beruf stehenden Ernährer verloren. Auch für die Hinterbliebenen von Maybach ist dieses so. Großes Beileid, viel Sympathien wurden den betroffenen Familien zuteil, Sammlungen und Spenden setzten ein. Viele hatten menschliche Teilnahme und Hilfe,was wir in diesen Tagen gesehen haben. Diese Beweise galten den toten Bergarbeitern un Hinterbliebenen. Wie hoffnungsvoll wäre es für den lebenden Bergarbeiter, wenn dieses Mitgefühl und die Sympathie auf sie übertragen würde, um eine beschleunigte Beseitigung der Übelstände im Bergbau zu erreichen. Die Katastrophen zeigen uns, daß die Sicherheit im Bergbau mangelhaft ist und für alle maßgebenden Instanzen die Pflicht und die Aufgabe besteht, die Gefahren im Bergbau durch besseren gesetzlichen Schutz zu bannen. Zunächst möchte ich die Frage stellen, wie konnte das Unglück von Maybach geschehen? Daß schlagende Wetter und Kohlenstaub vorhanden waren, wurde festgestellt, daß sie entzündet wurden zeigt die Explosion, wie sie entzündet wurden ist aufzuklären. Ist es geschehen durch die Zündung einer Lokomotive, durch einen Schuß oder durch eine defekte Lampe? Darüber können uns die Toten nicht mehr berichten. Befremden muß jedoch der Bericht der Bergwerksdirektion, wonach alles in tadelloser Ordnung gewesen sei und keine explosiblen Gemische von den Wettersteigern festgestellt wurden. Meine Herren! Damit ist bewiesen, daß die Wetterproben nicht gewissenhaft gemacht wurden. Daß diese explosiblen Gemische vorhanden waren, zeigt uns die Explosion. Es mußte deshalb die größte Sorgfalt angewendet werden, die ausströmenden Gase abzutreiben und vor allen Dingen jede Entzündungsmöglichkeit davon fernzuhalten. Ob diese Sorgfalt genügend angewandt wurde, ist sehr zu bezweifeln. Diese Zweifel werden besonders dadurch gestärkt, weil das Darauflosfördern im Bergbau heute ohne Rücksicht auf die lauernden Gefahren erfolgt. Die Rationalisierung wird in immer stärker werdender Form angewandt. Übung und Erfahrung ist nicht mehr wichtige Voraussetzung, sondern ein überhetztes Tempo mit wenig Kräften, mit viel Maschinen, um immer höhere Förderleistungen zu erzielen. Kameradschaften werden gegeneinander ausgespielt, zu höchster Leistung getrieben. Auch erhalten die technischen Beamten Förderprämien bis zu 1000 Franken im Monat und so findet die Sicherheit der Bergarbeiter keine besondere Achtung mehr. Halten Sie Umfrage bei allen Bergarbeitern im Saargebiet und bei allen werden Sie die Antwort erhalten, daß die Gewährung von Prämien an die Beamten der Grube für die Bergarbeiter Sargnägel seien. Trotzdem Überproduktion an Kohlen zu verzeichnen ist, der Kohlenmarkt verstopft ist, wird immer mehr erhöhte Leistung gefordert. Die alten erfahrenen Bergarbeiter werden herausgedrängt,um größere Förderleistungen mit jungen Leuten zu erzielen. Die Sicherheit wird nicht als Hauptsache betrachtet. Dabei wird den Abteilungssteigern die Leutezahl bis zum Ungenügend beschnitten, sodaß das Reparatur-Personal ebenfalls in der Förderung beschäftigt wird, um das Fördersoll herauszuholen,

damit

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

268

damit die Prämie nicht eingebüßt wird. Die Sicherheitsmänner sind dem Druck der Beamten ausgesetzt, wenn sie ihre Wahrnehmungen in das Fahrbuch eintragen. Die Wettermänner sind in den meisten Fällen mit besonderen Reparatur-Arbeiten beschäftigt, die sie zuerst, bevor sie ihre Feststellungen über die Wetterführungen machen können, zu machen haben, sodaß die Prüfungen in vielen Fällen so gut wie eingestellt werden. Derartige Posten werden anscheinend für unnätige Belastung der Grubenverwaltung angesehen. Daß unter dem Ruf nach höchster Prämie der Ruf nach Sicherheit zurückbleibt, wird jedem Einsichtigen klar. Wenn es anders werden soll, muß Einhalt geboten werden. Es ist höchste Zeit, daß die behördlichen Stellen, die den toten Bergknappen und ihren Hinterbliebenen Beileid und Mitgefühl gezeigt haben, den lebenden Bergarbeitern dieses Mitgefühl nicht versagen. Von Tausenden organisierten Bergarbeitern und ihren Familien ergeht seit Jahren der Mahnruf an die Regierenden aller bergbautreibenden Völker: Seid endlich bereit dem Wahnsinn der Überproduktion zu steuern, die Produktion zu regulieren, planmäßig Produktion und Absatz mit einzugliedern. Nur dadurch kann der Überproduktion gesteuert und die Krise verhindert werden. Darin liegt die Wurzel aller Übelstände, sowohl die Massenkatastrophen wie die vielen tausend Einzelunfälle alljährlich.

Es muß zu Störungen führen, wenn das normale Pulsieren der Wirtschaft und der sozialen Gestaltung durch Rationalisierung und erhöhte Förderungen gehemmt wird, es muß vielen Menschen den Tod, sie um Verdienst und zur Verzweiflung zu bringen. Das wäre eine Arbeit für die Diplomaten und Politiker, die nicht übertroffen werden könnte, wenn sie die Arbeiten zur internationalen Kohlenregulierung beendigten und ein Proberat gesetzlich in allen Bergbauländern, zunächst in Europa zustande käme.

Um die Sicherheit im Saargebiet besser als bisher zu gewährleisten, fordern wir, daß die Regierung in allernächster Zeit dazu übergeht

1) ein Grubensicherheitsamt zu errichten,

2) daß die Bergarbeiter-Organisationen beim Oberbergamt mit vertreten sind;

3) daß die Einführung von Grubenkontrolleuren sofort durchgeführt wird;

4) daß den Sicherheitsmännern ein weitgehender Schutz in der Ausübung ihrer gesetzlichen Amtstätigkeit gewährt wird;

5) daß die Teilnahme an der Unfalluntersuchung auch den Ausschußmännern über Tag gestattet ist;

6) daß die Beschäftigung der Wettermänner mit Arbeiten des Grubensicherheitsamtes ebenfalls erfolgt;

7) daß die Wettermänner und Sicherheitsmänner von den Vorortabteilungen losgelöst werden;

8) daß in den Bergschulen im Fachunterricht die Sicherheits-und Schutzbestimmungen Hauptlehrfach werden.

<u>Vom</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Vom Landesrat aber erwarten wir, daß er diesen Forderungen vollständig zustimmt und an die Regierung die dringende Forderung richtet im Interesse der Bergarbeiter und ihrer Familien.

Außerdem richten wir eine Eingabe an die Regierung, in den Landesetat jährlich eine Million Franken laufend einzusetzen, um den Familien der im Bergbau und in der übrigen Industrie Verunglückten zu helfen. Auch im Saargebiet werden alljährlich im Bergbau und in der anderen Industrie 90 bis 100 Arbeiter getötet, 12 bis 1500 schwer verletzt und auch ihre Familien werden durch das Herausreißen aus dem Verdienst in bittere Not geschleudert.

Auch wir sagen, den jungen Bergarbeitern müßte etwas mehr Entgegenkommen, etwas mehr Rücksicht gezeigt werden, daß auch sie eingegliedert werden in die bis jetzt erreichten sozialen Stellungen, daß sie das gleiche Recht am Urlaub und sonstigen Regelungen bekommen. Niemand hat das Recht, die jungen Bergarbeiter, die in ihrer Arbeitsfreude jedenfalls der allgemeinen Wirtschaft, dem Staate dasselbe geben, sie irgendwie auszuschalten, wie dies allgemein durch die Tarifverträge geschieht. Ich hoffe, dieser Mahnruf wird genügen, um den Wünschen des Landesrates gerecht zu werden. Der Regierung rufe ich zu: Erfülle Deine Pflicht als Landesbetreuer durch Schaffung des Sicherheitsamtes und durch Ausbau des Arbeitsrechtes.

(Bravo - Rufe!)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg. Heckler (KP): Meine Herren! Ich will heute Stellung nehmen zu einem der wichtigsten Probleme im Saargebiet und zwar zur

Erwerbslosenversicherung und Erwerbslosenfürsorge.

Es ist eine Notwendigkeit, sich klar darüber zu werden, daß wir heute in einer Zeit leben, in der sich die wirtschaftliche Lage ungeheuer zugespitzt hat.

Die Regierungskommission weiß, daß der kommende Winter innerhalb des Saargebietes gewaltige Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Das zeigt ihr Vorgehen gegen über den Funktionären. Wir können feststellen, daß innerhalb des Saargebietes heute ein Kesseltreiben gegen die führenden Funktionäre stattfindet, gegenüber den Führers, die heute den Masseneindruck hinter sich haben.

(Heiterkeit)

Wir müssen feststellen, daß auf dem Neunkirchener Eisenwerk die Kündigung des Obmanns erfolgte. Wir müssen weiter feststellen, daß auch in Bous Obmann und Sicherheitsmänner, die nicht der Gewerkschaft angehörten, sondern die heute entsprechend ihrer Überzeugung zu dem Entschluß gekommen sind, daß nur auf dem Wege der revolutionären Opposition die Lage der Arbeiterschaft geändert werden kann, entlassen wurden.

Die Erwerbslosenziffer schnellt im Saargebiet gewaltig in die Höhe, und es ist bezeichnend, daß der Artikel 9 benutzt wird. Wir können feststellen, daß die Gemeinde Friedrichstal dazu übergeht, ihre Erwerbslosen zu veranlassen, daß sie sich die Unterstützung, die ihnen gewährt wird, abverdienen, d.h. sie werden 3 Tage in der Woche beschäftigt. Sie werden zu dem Tarif der Gemeinden beschäftigt, und wenn sie ihre Arbeit geleistet haben, dann haben sie das Glück, ihre Unterstützung, die sie sich abverdient haben, am Ende der Woche in Empfang zu nehmen. Wir wollen feststellen, daß die Regierungskommission des Saargebietes sich der blauen Polizei und der Landjäger bedient, um ihre Politik gegenüber den Erwerbslosen durchzusetzen. Als sich die Erwerbslosen kürzlich in Elversberg getroffen haben, um gegen diese Machenschaften der Gemeinde zu protestieren, da hetzte die Regierungskommission ihre Landjäger und die blaue Polizei auf sie. Ohne vorherige Warnung hieben diese einfach mit dem blanken Säbel in die Demonstranten hinein und es waren 4 bis 5 Schwerverletzte zu beklagen.

Wir können feststellen, daß im Saargebiet die Erwerbslosenfürsorge sehr schlecht ausgebaut ist, und wenn hier der Abgeordnete Lieser sagt, daß er gewünscht hätte, daß eine andere Vorlage vorgelegt worden wäre, so soll er sich an seinen Parteifreund wenden. Der ist ja der Bevollmächtigte dafür.

Wir wissen ganz genau, daß eine Änderung der Erwerbslosenfürsorge im Saargebiet vorläufig nicht in Frage kommt. Aber auf der anderen Seite, wenn er sagt, uns wäre damit geholfen, die Erwerbslosenversicherung von Deutschland zu übernehmen, so möchte ich nur das eine sagen: Gerade unter der 21 monatigen Tätigkeit der Hermann Müller - Regierung konnten wir feststellen, daß die Erwerbslosenversicherung derart verschandelt wurde, wie nie zuvor.

Wir

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

Wir konnten feststellen, daß die Sätze der Erwerbslosenunterstützung im Saargebiet um 10 % erhöht wurden. Die neuen Ausführungsbestimmungen lassen heute noch auf sich warten. Eins muß noch festgestellt werden: In der Vorlage sagt man, daß eine 13 wöchige Arbeitstätigkeit vorgeschrieben ist, um in den Genuß der Erwerbslosenfürsorge zu kommen. Nun haben wir eine ganze Anzahl Gewerbetreibende,die nun erwerbslos geworden sind. Die Leute hatten im Sommer einen Kram, die wirtschaftlichen Verhältnisse sind nun ungeheuer schlecht geworden, sie können mit ihrem Krämchen nichts mehr aufstecken und es ist ihnen nun praktisch die Möglichkeit entzogen, Erwerbslosenfürsorge zu erhalten.Es muß deshalb dieser Passus beseitigt werden und alle diejenigen, die ein Recht und einen Anspruch auf die Erwerbslosenfürsorge haben,müssen in den Genuß derselben kommen können. Wir haben aus diesem Grunde der Regierungskommission den bekannten Antrag zugeleitet. Der Antrag liegt ja schriftlich vor.

Bezüglich der

Hochwasserschäden

haben wir der Regierungskommission einen Antrag übermittelt, und zwar begründet an Hand der erlittenen Schäden im Bliestal, und heute stellen wir fest, die Regierungskommission hat in ihrer vorläufigen Aussage sich dahingehend geäußert, daß die Entschädigung nur vorgenommen werden soll für solche Personen, deren Existenz gefährdet ist. Nun müssen wir feststellen, wenn wir zu Hause in Wiebelskirchen die Schäden untersuchen, die durch das Hochwasser der Blies entstanden sind, daß sie mehr darin liegen, daß die Existenz vieler Leute vernichtet worden ist. Wir mußten feststellen, daß den Ortsarmen ihre Betten kaputt gegangen sind und heute weigert sich die Regierung praktisch irgend welchen Zuschuß zur Erneuerung dieser Betten zu geben. Wir müssen weiter feststellen, daß den ganzen Familien in der Ottweilerstraße ihr Hausrat durch das Hochwasser vernichtet wurde. Die Gemeinde kann nicht mehr helfen. Der Gemeindeetat ist erschöpft und die Gemeinden sind heute auf das angewiesen, was die Regierungskommission gibt. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Regierungskommission sofort eingreift,d.h.daß sie den Gemeinden das Geld zur Verfügung stellt, um die Betroffenen zu entschädigen.

Wir stimmen dem Antrag der Sozialdemokratie bezüglich der Bliesregulierung zu, denn auch wir haben den Antrag bereits am 12.Oktober eingebracht.

Wir haben weiter einen Antrag bezüglich der Entschädigung für die entstandenen Bergschäden eingebracht. Es ist festzustellen, daß in verschiedenen Orten des Saargebietes, hauptsächlich im Sulzbachtal diese Schäden in immer größerem Ausmaße auftreten und die Regierungskommission hat die Pflicht, bei der französischen Bergverwaltung darauf hinzuwirken, und auf gesetzlichem Wege zu veranlassen, daß die Betroffenen unbedingt entschädigt werden.

Wir müssen feststellen, daß eine erschreckende große Anzahl Einzelunfälle vorgekommen ist, und die Aufgabe der Regierungskommission muß es sein, hier mit allen Mitteln einzugreifen, daß in Zukunft solche Vorkommnisse unterbunden werden.

Was das gesamte Antreibersystem anbelangt,so können wir nur das eine feststellen, daß es eine unbedingte

Notwendigkeit

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4 I

Notwendigkeit ist, daß auf allen Gebieten gehörig aufgeräumt wird.

Wir müssen feststellen, daß in allen kapitalistischen Ländern der Erde heute eine erschreckend große Erwerbslosenziffer herrscht. Auf der anderen Seite können wir feststellen, daß in Rußland die Erwerbslosenziffer für Qualitätsarbeiter vollständig liquidiert ist, und daß augenblicklich die Liquidation der übrigen Arbeitslosenziffer von ungefähr 43 bis 45 000 vor sich geht. Es wird uns daher nichts anderes übrig bleiben, als den Weg zu gehen, den die Russen gegangen sind.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg. Hey (KP): Meine Herren! Die Kommunistische Fraktion des Landesrates sowie sämtliche kommunistischen Fraktionen in den übrigen öffentlichen Körperschaften haben seit Einsetzen der Rationalisierung im Jahre 1927 darauf hingewiesen,daß sich diese Rationalisierungsmaßnahmen lediglich nur zum Nachteil der gesamten Arbeiterschaft als solche auswirken wird. Und als die schreckliche Nachricht von dem Grubenunglück in Alsdorf sowohl wie in Maybach in die Öffentlichkeit kam, da war sich die deutsche und die saarländische Bergarbeiterschaft in ihrer Mehrzahl darin einig, daß solche Geschehnisse, daß solche Vorkommnisse, solche Massenkatastrophen lediglich nur zurückzuführen sind auf den augenblicklichen Raubbau selbst und auf das Antreiber-und Ausbeutersystem. Die deutsche und die saarländische Bergarbeiterschaft sind sich darin einig, daß dieses System für sie nichts anderes bedeutet, als Hunger,Not,Elend und Entbehrungen,Massensterben und Massenmorden.

Wie lagen die Verhältnisse auf der Grube Maybach? Bereits 8 Tage vor dem Unglück sind die Bergarbeiter der Steigerabteilung XI in den Streik getreten und zwar aus den Gründen heraus, weil die Arbeitsverhältnisse in der betreffenden Steigerabteilung ins Unerträgliche gestiegen sind. Samstags die Frühschicht, die Mittagsschicht und geschlossen die Nachtschicht sind nicht eingefahren. Anstatt nun, daß die Bergwerksdirektion sowohl wie die Regierungskommission sich um derartige Zustände des Vorhandenseins von Schlagwettern einmal kümmern sollten, hat man den Arbeitern die Nachricht gegeben, daß derjenige, der Montags nicht einfährt, fristlos entlassen wird.

Wie liegen die Verhältnisse im allgemeinen? Wir können feststellen, daß tausende und abertausende Arbeiter im Saargebiet nicht nur im Bergbau, sondern in sämtlichen Produktionszweigen entlassen werden,hinausgeworfen werden auf die Straße, hinausgestoßen werden in die große Armee der ewig Hungernden, um mit ihren Familien, mit ihrer Frau und Kindern elendiglich zu Grunde gehen. Die noch im Produktionsprozeß bleibenden Arbeiter werden ausgebeutet bis aufs Weißbluten, um am Monatsende ihre Familie mit einem Hungerlohn zu beglücken.

Wenn man nach der wahren Ursache dieser Verhältnisse sucht, so ist es letzten Endes eine Selbstverständlichkeit, daß sie nur zurückzuführen sind auf das augenblickliche System der Jagd nach Profit. Die Jagd nach Kohlen führt letzten Endes zu solchen Massenkatastrophen, und man kann feststellen, daß die Vertreter des französischen Imperialismus im Saargebiet im Interesse des Profits die Leichen der Bergarbeiter hinweggehen. Man kann feststellen allgemein, daß es hier gar nicht darauf ankommt,

daß

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4 I

daß ein Bergarbeiter mehr oder weniger zu Schaden kommt.
Wie liegen in Wirklichkeit auf den anderen Gruben die Verhältnisse?

Man kann behaupten an Hand der statistischen Wirtschaftszahlen des Saargebietes von den Jahren 1929,1930,daß die Produktion des Bergarbeiters um 75 kg.pro Kopf gestiegen ist seit dem Jahre 1927. Betrachtet man die Unfallchronik während der Rationalisierung im Jahre 1927, so kann man feststellen, daß sich die Unfälle bis zu 29 und 30 % allgemein vermehrt haben. Daß selbstverständlich unter diesen Umständen bei diesem Antreibersystem die bergpolizeilichen Vorschriften und Bestimmungen von seiten der Bergwerksdirektion wie auch der Regierungskommission außer acht gelassen werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Und daß es im Saargebiet nicht schon früher zu einer solchen Massenkatastrophe gekommen ist, ist ein wahres Wunder. Man kann feststellen, daß ganze Flöze abgebaut werden ohne den nötigen Versatz zu versetzen. Was folgt daraus? Daraus folgt, daß Hohlräume entstehen, die sich füllen mit Schlagwetter, die sogenannten Wettermänner oder die Vorfahrer, die ein oder zwei Stunden vor Beginn der Schicht die Arbeitsstätte befahren und die es wagen, die Verwaltung auf solche Gefahren aufmerksam zu machen,werden fristlos entlassen, wie es bereits in Dudweiler in Abteilung 11 der Fall war. Dort wurde der Vorfahrer Jung nur deshalb von der Grubenverwaltung entlassen, weil er Schlagwetter gemeldet hat und weil er auf die Gefahr hingewiesen hat. Man kann schließlich von einer solchen reaktionären Verwaltung in dieser Hinsicht keine anderen Maßnahmen erwarten als die Außerachtlassung der bergpolizeilichen Bestimmungen.

Aber wie ist es mit den Arbeitern, die sich gegen diese rigorosen Maßnahmen wenden und sich auflehnen? Sie werden rücksichtslos entlassen, auf die Straße geworfen, nicht nur rücksichtslos auf die Straße geworfen, sondern man versucht, sie auch auf andere Art und Weise zu maßregeln. Demjenigen, der sich nicht fügt, wird erklärt: Wenn es ihnen nicht gefällt, so können sie sich ihre Papiere nehmen, oder aber wie werden gemaßregelt in der Form, daß sie in eine andere Abteilung verlegt werden und in Schichtlohn entlohnt werden.

Nun was hat die Regierungskommission sowohl als auch die Bergwerksdirektion nach dem Grubenunglück von Maybach getan, um die Bergarbeiter zu schützen. Es ist festgestellt,daß die Schlagwettergefahren nicht nur auf Maybach, sondern in sämtlichen Schächten des Saargebietes bestehen. Auf Grube Kohlwald(Anna-Schacht) wird weitergearbeitet, trotzdem bekannt ist, daß dort ein Kohlenflöz brennt. Was hat man in Maybach nach der Katastrophe getan? Nichts,rein garnichts! Im Gegenteil, die Bergarbeiter werden veranlaßt zur Selbsthilfe zu greifen. Man muß den Mannesmut der Bergarbeiter loben, daß sie die Arbeit niedergelegt haben. An verschiedenen Stellen wurden Medikamente verabreicht, um den Kopfschmerzen vorzubeugen, aber zur Beseitigung der Schlagwetter wird nicht das Geringste getan, im Gegenteil, das Antreibersystem nimmt erhöhte Ausmaße an. Einem Kameradschaftsältesten, der 10 Centimes Gedingelohn verlangt, welche man ihm im Monat vorher herabsetzte, wird mitgeteilt, daß die Grubenverwaltung aufgrund des Unglücks von Maybach große soziale Unkosten gehabt habe und nichts bewilligen könne. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Gedingereduzierung um die finanziellen Verluste wieder wettzumachen.

Nun hat man hier eingangs in großen Reden den gemordeten Arbeitern gedacht, und ich habe darauf hingewiesen, daß

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

daß es für uns Kommunisten klar ist, wo die Ursache liegt. Ich wundere mich, daß gerade ausgerechnet der Gewerkschaftssekretär Kiefer jetzt den Toten gedenkt. Vor dem Unglück hat man keinen Gewerkschaftssekretär Kiefer gesehen. Man weiß auch, daß bei dem Streik in Abteilung 11 die Gewerkschaftsbonzen erklärt haben, dieser Streik sei wild und von den Kommunisten inszeniert.

Wir als Kommunistische Fraktion haben nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Berarbeiterschutz vorsieht. Hier helfen keine Worte, sondern nur die Taten. Wenn man die Maßnahmen der Bergwerksdirektion betrachtet, so ist man überzeugt, daß die Bergwerksdirektion garnicht daran denkt, die Mißstände auf den Gruben zu beseitigen. Die Kommunistische Fraktion ist sich darüber klar, daß eine Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht hier im Landesrat geschieht, und diese Mißstände können nur beseitigt werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft eingesehen hat, daß es an der Zeit ist, das ganze System zu beseitigen.

Ich komme nun zu den übrigen Produktionszweigen. Im Saargebiet haben die Rationalisierungsmaßnahmen ungeheure Opfer gefordert im Bergbau sowohl als auch in den übrigen Produktionszweigen. Ich erinnere daran, daß man auf dem Neunkirchener Eisenwerk den revolutionären Obmann deshalb entlassen hat, weil er sich gegen die Schikanen des Unternehmertums für seine Arbeiter eingesetzt hat. Weiter wurde der revolutionäre Obmann vom Bouser Röhrenwerk entlassen aus denselben Gründen. Hier kann man sehen, wie die Regierungskommission als Vertreterin des deutsch-saarländischen Unternehmertums die Mitschuld an den Massenentlassungen trägt, weil sie sämtliche Scharfmachermaßnahmen duldet. Präsident Wilton hat in Maybach wunderschöne Worte gebraucht, er hat gesagt: Das Bergarbeiterlos ist hart. Derselbe Wilton ließ die Bergarbeiter im Jahre 1927 blutig auseinanderschlagen, und dieselben Bergarbeiter werden heute Faulenzer tituliert. Wir denken nicht daran, daß diese Regierungskommission einmal Ernst macht und einschreitet. Man kann von einer reaktionären Regierung keine sozialen Maßnahmen verlangen.

Wie liegen die Verhältnisse bei den Erwerbslosen? Hundertausende und abertausende Arbeiter liegen auf der Straße. Aufgrund der Hungersätze, die die Regierungskommission den Erwerbslosen zubilligt, sinken diese herab in Not und Elend. Die Regierungskommission hat eine Verordnung herausgegeben, die besagt, daß es den Gemeinden verboten ist,finanzielle Zuschüsse an Arbeitslohn zu leisten. Wie sich das bei den Erwerbslosen auswirkt, ist bekannt, die Notlage wird dadurch gesteigert. Zu all diesen Maßnahmen kann man feststellen,daß diese Bestimmungen lediglich zum Nachteil der Kommunen auswirken. Wenn man sich den letzten Fragebogen betrachtet, so muß man sich fragen, worauf läuft dieser Fragebogen hinaus? Man stellt die Frage, sind sie evtl.gewillt, die Arbeit aufzunehmen. Man nimmt also Rundschau, ob ein großer Teil bereit ist,Streikbrecherarbeit zu leisten. Die Arbeitslosen haben den Fragebogen dementsprechend ausgefüllt, daß die Regierungskommission verstehen wird, wie die Arbeitslosen zu dem Fragebogen stehen. Ich stelle fest, hier nutzen alle Worte nichts, hier kann nur eins helfen, die direkte Hilfe. Diese wird nur kommen, wenn sich die Arbeiterschaft selbst zusammenschließt, um dieses mit Blut und Schande befleckte System zu beseitigen und zu errichten ein Sowjetdeutschland, in welchem den Arbeitern Brot,Freiheit und Lohn gewährt wird.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Diehl!

Abg. Diehl (DSV): Meine Herren! Nachdem die Herren Vorredner über das Wie und über das Wo der Ursache des Grubenunglücks in Maybach gesprochen haben, haben wir folgende Fragen zu stellen, deren Antwort wir vielleicht vom Herrn Staatskommissar erfahren können.

1) Inwieweit hat der Staatsanwalt eine Untersuchung vorgenommen?

2) Sind auch Leute verhört worden, die dort gearbeitet haben?

3) Wurde den Beamten und Arbeitern zugesichert, daß sie keine Maßregelung erfahren, wenn sie gegenüber der Verwaltung Aussagen machen sollten?

4) Sind seit dem Unglück technische Beamte versetzt oder verlegt worden ? Wenn ja, aus welchen Gründen?

Weiter unterstreichen wir die Forderungen, die von den Herren Kiefer und Hoffmann deutlich gekennzeichnet wurden und stellen sie auch als unsere Forderungen hin. Eins darf ich hinzufügen und zwar fordern wir die Ablösung des französischen Berghauptmanns durch einen Beamten, der gegenüber dem französischen Staat als Besitzer der Gruben als unabhängig geltenden deutschen Beamten.

Wir müssen weiter fordern, daß die bergpolizeilichen Vorschriften beachtet werden, die leider bisher sehr wenig beachtet oder garnicht in Erscheinung getreten sind.

Bezüglich der Spenden und ihrer Verteilung stehen wir auf dem Standpunkt, daß nicht im Augenblick von Massenunglücken nur an eine Spende gedacht wird, sondern auch für Einzelunglücksfälle. Herr Kiefer hat festgestellt, daß es vielmehr Einzelunfälle gibt und daher wäre es auch richtig, daß man die Forderung des Herrn Abgeordneten Petri unterstützt, eine Million Franken zur Linderung der Not bei Einzelunfällen bereitzustellen. Der Kreis Saarbrücken hat dies in seiner Ausschußsitzung getan und einen derartigen Fonds angelegt. Die Regierungskommission müßte diesem Schritt folgen.

Ich darf noch sagen, daß auch wir restlos für die gestellten Forderungen sind, damit das Los der Bergarbeiter gebessert und den Familien ein besseres Wohlergehen gewährt wird.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

276

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard! (~~KPO~~

Abg. Reinhard (KPO): Meine Herren! Die heutige Debatte hat sich fast nur mit der Lage im Bergbau beschäftigt aufgrund des Unglücks, das sich vor einigen Wochen im Saargebiet zugetragen hat. Und ich muß sagen, es wurde von einigen Rednern, insbesondere von dem des Zentrums die Lage im Bergbau treffend gekennzeichnet und nachgewiesen, wie im Bergbau der Bergmann gezwungen ist, wenn er leben will und etwas verdienen will, gegen die jetzt bestehenden Gesetze zu verstoßen. Ein Teil zwingt den anderen. Von oben, von der Direktion herunter bis zum Partiemann hat man ein System eingeführt, das am besten mit dem Wort „Mordsystem" gekennzeichnet wird. Aber es ist nicht so, daß dies nur hier im Saargebiet Platz gegriffen hat, sondern es ist noch garnicht lange her, da gab es ein noch weit größeres Unglück im rheinisch-westfälischen Bergbau, und wenn man die deutschen Bergarbeiterzeitungen durchliest und wenn man liest, was die Bergarbeiter auf ihrer Konferenz gesagt haben, dann findet man, daß die Lage der Bergarbeiter in Deutschland nicht im geringsten besser ist als die Lage der Bergarbeiter im Saargebiet und ich glaube, es ist deshalb notwendig, einmal etwas näher hierauf einzugehen, weil ja alle hier im Hause immer wieder betonen, daß hier das Saargebiet, und wie es auch den Tatsachen entspricht, ein Stück des deutschen Wirtschaftsgebietes ist.

Die sozialdemokratische Fraktion war so liebenswürdig, mir heute früh vor Beginn der Sitzung ihre Zeitung zur Verfügung zu stellen. (Heiterkeit)
In dieser Zeitung ist ein Artikel enthalten, der sich mit der Lage der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet befaßt im Anschluß an die Reichskonferenz der Bergarbeiter, auf der zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Leistung je Mann und Schicht gegen früher um fast 50 % gestiegen ist, während die Belegschaft um 80 000 Mann verringert wurde.

Meine Herren! Bedenken Sie, was das heißt, die Belegschaft ist um 80 000 Mann verringert worden, die Leistungssteigerung ist dagegen um 50 % höher geworden wie vor dem Kriege. Daß die Zahl der Bergarbeiter im Deutschen Reiche geringer geworden ist wie im Jahre 1913 ist das sicherste Zeichen, daß im deutschen Bergbau die Leistungsfähigkeit ungeheuer vorwärts getrieben worden ist, und alle die Ursachen, die der Abgeordnete Kiefer hier angeführt hat, die zu den Katastrophen führen müßten, finden wir auch im deutschen Bergbau. Aber nicht nur im deutschen Bergbau allein, sondern auch im Bergbau aller Länder. Nun kommt das Entscheidende. Wenn im gleichen Atemzuge der sogenannte „Saarfreund" in seiner Trauerrede über das Maybacher Grubenunglück glaubt nun eine nationalistische Tirade vom Stapel lassen zu müssen, zu deren Verfasser ich beinahe den Abgeordneten Kiefer vermute,

(Zuruf des Abg. Kiefer: Fehlgeschossen!)

so ist das doch etwas starker Tabak. Der tragische Tod der hundert Saarknappen sagt uns noch mehr, sie sind nicht für die deutsche Wirtschaft gestorben, nein, meine Herren, die Bergarbeiter von Maybach sind Opfer des Antreibersystems und der Profitgier geworden. Sie sind Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems geworden. Sie mußten sterben, weil dort der Profit höher stand als wie die Sicherheitsbestimmungen. Meine Herren! Wir wissen auch als Bergmann,

daß

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

277

daß Schlagwetter immer vorhanden sein werden, wir wissen aber auch ganz genau, daß Schlagwetter und andere Explosionsursachen bei einer sachgemäßen Arbeitsmethode dem Bergmann nicht gefährlich werden können. Im schlimmsten Falle können sie zu einer lokalen Explosion führen, wo einige Menschenleben ihnen zum Opfer fallen würden, aber solche Katastrophen, wie wir sie dauernd zu verzeichnen haben, sind einzig und allein die Folge des bestehenden Antreibersystems. Und wenn dann heute auf Grund der Lage, in der die Bergarbeiter stehen, auf Grund der Verhältnisse, die der Abgeordnete Kiefer hier geschildert hat, man die Arbeitszeit verlängern und die Löhne abbauen will wie das im deutschen Reiche ja von oben herunter mit gesetzlichen Maßnahmen von der Partei des Abgeordneten Kiefer beabsichtigt ist,dann soll man sich nicht wundern, wenn Unglücke vorkommen.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll (DWP): Meine Herren! Wir schließen uns den Worten der Trauer um die Toten von Maybach und der Anerkennung der Leistungen der Bergleute, insbesondere der Rettungsmannschaften voll und ganz an. Die Forderung auf erhöhte Sicherheit im Grubenbau unterstützen wir ebenso wie das Verlangen nach gewissenhafter Untersuchung der Ursachen des Unglücks.

Nun möchte ich noch ein Wort zu meinen Anträgen sagen:

Der erste Antrag betrifft die

Aufwertung der Sparkassenguthaben.

Die Regierungskommission hat durch Erlaß des Aufwertungsgesetzes im § 39 schon die Aufwertung der Sparkassenguthaben grundsätzlich festgelegt. In dieser Verordnung steht ein Satz, der lautet: Die eingehende Regelung bleibt besonderer Verordnung vorbehalten. Auf diese besondere Verordnung warten wir nun seit 1 1/2 Jahren vergebens. Die Regierungskommission kann jedenfalls nicht sagen, daß sie keine Zeit zum Überlegen gehabt hätte. Wir sind der Meinung, daß es leicht möglich gewesen wäre, noch in dieser Sitzungsperiode die in Aussicht gestellten Verordnungen zu erlassen.

Der zweite Antrag betrifft eine Sache, die ich schon einmal zum Ausdruck gebracht habe. Es ist das Verlangen nach Verordnungen, wonach bei Gemeinden, die offenbar zusammenwachsen, dieses Zusammenwachsen in städtebaulicher Beziehung einheitlich geregelt werden soll. Es gibt im Deutschen Reich Vorbilder, nach denen die Regierungskommission sich richten kann, wie man solche Gemeinden zu einer einheitlichen Planung zwingt. Eine einheitliche Planung ist besonders bei der Stadt Saarbrücken und ihren benachbarten Gemeinden notwendig. Sie ist auch in anderen Gemeinden des Saargebietes unbedingt erforderlich, denn ohne Zwang geht es nicht. Herr Landrat Vogeler hat auch schon Anregungen in der Beziehung gegeben. Das Projektieren solcher Bebauungsplane ist noch eine schöne Sache. Wenn es aber an die Ausführung, also ans Bezahlen geht, dann pflegen die einzelnen Gemeinde-Kirchtürme Sturm zu läuten. Nur eine Zentralstelle kann hier segensreich wirken. Ich hoffe, daß diese Anregung auf fruchtbaren Boden fällt.

Der dritte Antrag betrifft den

Schutz der Radioanlagen.

Es wurde wiederholt von Radiobesitzern geklagt, daß die Regierungskommission sehr hohe Gebühren für Radioanlagen einzieht, aber doch recht wenig für den Schutz dieser Radioanlagen tut. Es ist mir wohl bekannt, daß sie eine Unterstützung dem Radioklub gibt, um solche Störungen zu beseitigen. Aber diese Unterstützung reicht bei weitem nicht aus. Es muß da von amtswegen mehr geschehen. Die Regierungskommission braucht nur nach Deutschland zu blicken. Es gibt in Deutschland schon einige Gegenden, wo durch Polizeiverordnung die Frage der Beseitigung von Radiostörungen geregelt ist. Wenn sich die Regierungskommission Material beschaffen will, empfehle ich, sich an den Reichsrundfunk in Berlin zu wenden. Ich bin der Ansicht, daß man bei sonst störenden Neuanlagen ohne weiteres verlangen soll, daß ein Radioschutz eingebaut wird, und daß man bei alten Anlagen den Besitzern dieser Apparate keine Kosten machen darf, um die Störungen zu beseitigen. Hier müßte die Regierungskommission eingreifen, und die notwendigen Umänderungen aus der Landeskasse bezahlt werden.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Das traurige Unglück in Maybach hat auch die Regierungskommission tief bewegt. Die Vorschläge zur Besserung der Lage der Bergarbeiter werde ich an die zuständigen Stellen weiterleiten. Sie können überzeugt sein, daß die sie einer ernsten Prüfung unterziehen werden.

Zu den kritischen Ausführungen der verschiedenen Redner kann ich einstweilen nur darauf hinweisen, daß die Untersuchung über das Unglück noch nicht abgeschlossen ist. Das Untersuchungsergebnis wird voraussichtlich Ende dieses Jahres vorliegen. Die Regierung hat die Bekanntgabe an die Presse in Aussicht genommen. Den Herrn Abgeordneten Diehl bitte ich um schriftliche Mitteilung seiner Fragen. Ich höre heute von ihnen zum ersten Male. Schon jetzt möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Gericht und Staatsanwaltschaft selbst darüber zu entscheiden haben, welche Personen als Zeugen zu vernehmen sind und welche Fragen an die Zeugen gestellt werden. Daß die Untersuchung gründlich, erschöpfend und objektiv geführt werden wird, dessen können Sie gewiß sein.

Vorsitzender: Ich darf feststellen, daß alle Anträge, die mit der Grubenkatastrophe in Maybach zusammenhängen insgesamt angenommen werden.

Es ist nun eine allgemeine Aussprache gewünscht. Ich erteile hierzu dem Herrn Abgeordneten Lieser das Wort!

Abg. Lieser (SP): Meine Herren! Es ist verständlich und begreiflich, daß sich unsere heutige Aussprache in erster Linie auf die Grubenkatastrophe konzentrierte. Es wäre aber sehr ungerecht, wenn wir nicht auch anderer Katastrophen und anderer Opfer gedenken würden. Wenn große Massen von Arbeitnehmern in Erwerbslosigkeit und dadurch in Not geraten, so ist das auch eine Katastrophe, die unsere Aufmerksamkeit erfordert. Desweiteren gibt es Naturgewalten, die Katastrophen verursachen, wie die Wetterschäden, unter denen wir im vergangenen Jahre zu leiden hatten.

Gestatten Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit einerseits auf diese Katastrophen hinzulenken und andererseits an der Erwerbslosenfürsorge Kritik zu üben, und gestatten Sie mir weiter, endlich praktische Vorschläge zu machen, wie man der Erwerbslosigkeit steuern kann. Die Regierungskommission ist dem Vorschlag der Sozialdemokratischen Fraktion und des Landesrates, die Arbeitslosenversicherung einzuführen, nicht gefolgt. Sie hat das Fürsorgewesen mit dem Charakter des Almosengebens beibehalten. Der Erwerbslose hat keinen Anspruch auf Unterstützung. Die Regierungskommission selbst muß auch Zweifel an der Richtigkeit ihrer Anschauung gehabt haben, denn die neue Fürsorgeverordnung hat lange Zeit gebraucht, bis sie in Kraft getreten ist, denn sie datiert vom 9. Juli 1929. Sie hat also lange in der Schublade der Regierungskommission gelegen und heute müssen wir konstatieren, daß noch keine Ausführungsbestimmungen ergangen sind. Es wäre richtiger gewesen, wenn die anderen Parteien unserer Forderung auf Einführung der Arbeitslosenversicherung ernstlich gefolgt wären. Die Regierungskommission selbst muß das Gefühl gehabt haben, daß die Erwerbslosen zu kurz kommen. Laut § 6 der neuen Fassung wird die Genehmigung der Unterstützung davon abhängig gemacht, daß der

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4 I

Betreffende 13 Wochen ununterbrochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung war. Dies ist zu begrüßen, damit der Arbeitgeber verpflichtet ist, seine Arbeiter rechtzeitig bei der Krankenkasse anzumelden. Aber was geschieht, wenn der Arbeiter nicht in der Lage ist, seine 13 Wochen zusammenzubringen, das sind meistens Arbeiter, die körperliche Schäden haben, und die nicht mehr mitkommen,vielleicht auch des Alters wegen. Diese Arbeiter werden durch diesen Passus hart betroffen und ich möchte die Frage vorlegen, was geschieht mit diesen Personen. Diese Personen werden den Gemeinden überwiesen und damit hat die Regierungskommission ihre Verpflichtung abgewälzt. Der weitere Weg, der richtig ist, hat man vergessen, den anderen Ständen eine Fürsorge zu schaffen wie z.B. kleine Geschäftsleute und Gewerbetreibende, die durch die allgemeine Wirtschaftskrise brotlos werden.

(Zuruf des Abg.Heckler(KP): Sie haben Ihren Parteifreund in der Regierung sitzen!)

Ich darf Herrn Heckler sagen, daß diesbezügliche Anträge von uns schon vorgelegen haben, und die Vorlage längst bei der Regierungskommission vorlag, bevor es einen Valentin Schäfer bei der Regierungskommission gegeben hat.

Auf der anderen Seite,meine Herren, bringt eine weitere Einschränkung der § 12, daß die Unterstützung vom Tage der Antragstellung bezahlt werden kann, wenn die Erwerbslosigkeit im Anschluß an eine Kurzarbeit eintritt,infolge der das Arbeitsentgelt um ein Drittel gekürzt war. Nach unserer Ansicht sollte der Unterstützungsanspruch vom Tage der Antragstellung ab auch dann bestehen, wenn die vorangegangene Kurzarbeit das Einkommen um weniger als ein Drittel, schmälerte, denn der Arbeiter, der Feierschichten hat, istvdem anderen Arbeitslosen gegenüber, der bis zum Tage seiner Erwerbslosigkeit voll beschäftigt war, sowieso im Nachteil.

Eine Erweiterung dieser Verordnung, die wir begrüßen, ist der § 13,nach welchem der Erwerbslose nicht nur 26 Wochen, sondern 39 bis 43 Wochen unterstützt werden kann. Wir wünschen, daß das Mitglied der Regierungskommission die Zeit von 26 Wochen auf 39 Wochen ausdehnt.Unter allen Umständen sollte sich aber der Landesrat dafür einsetzen, daß die Unterstützungssätze erhöht werden. Ganz besonders muß der Satz für die Ledigen heraufgesetzt werden,desgleichen zum bevorstehenden Weihnachtsfest eine Beihilfe gegeben werden. Ganz entschieden muß gefordert werden, daß eine bedeutende Erhöhung der sogenannten Ausschlußsätze vorgenommen wird, um den Kreis der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen zu erweitern.

Nun zur Arbeitsnachweisverordnung, die am 1.Dezember in Kraft tritt, ein kurzes Wort. Wir begrüßenn es,daß das Arbeitsnachweiswesen zentralisiert worden ist, und ganz besonders wünschen wir von Seiten der Arbeitnehmer, daß das Mitglied der Regierungskommission für das Arbeitswesen von dem § 23 Gebrauch machen wird, daß sämtliche offenen Stellen seitens des Arbeitgebers an die Arbeitsämter zu melden sind. Dieser Meldezwang ist sehr wichtig und ermöglicht eine bessere Übersicht über den Arbeitsmarkt.

Nun, meine Herren, ganz kurz zu der zweiten Frage, zur Frage der Arbeitsbeschaffung. Im § 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge heißt es „Das Ziel dieser Fürsorge ist im einzelnen Falle die Beendigung der Erwerbslosigkeit durch die Aufnahme der Arbeit." Das ist eine wunderbare Fassung. Diese darf aber nicht auf einzelne Fälle

zugeschnitten

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4 I

zugeschnitten werden, denn heute, wo Millionen aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden sind, ist die Erwerbslosenfrage ein Massenproblem geworden. Jeder, der hier mithelfen kann, soll es tun und ist verpflichtet, an der Lösung des Problems mitzuhelfen. Ein solcher Vorschlag, unmittelbar einzugreifen, bildet unser Antrag, den wir heute unterbreitet haben, und welcher lautet:

A n t r a g :

Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission des Saargebietes zu ersuchen:

1) die Blies auf Grund des § 286 des Preußischen Wassergesetzes v.7.4.1913 und Artikel 97 des Bayr.Wassergesetzes v. 23.3.1907 als Hochwasserfluß zu erklären;

2) zwecks Gesamtregulierung der Blies innerhalb des Saargebietes unverzüglich einen Kostenvoranschlag aufzustellen;

3) die Finanzierung der Gesamtregulierung der Blies zu übernehmen;

4) Maßnahmen zu ergreifen, um eine baldige Regulierung der Prims und eine Kanalisierung

Meine Herren! Sie werden zugeben, daß das Arbeiten sind, die unbedingt notwendig sind, und Sie werden weiter zugeben,wenn diese Anträge durchgeführt werden, daß ein großer Teil der Erwerbslosen Beschäftigung finden kann. Selbst der Wettergott hat am Samstag demonstriert, indem das Unwetter nicht nur über das Bliestal, sondern über das Saargebiet ausgedehnt war. Es ist notwendig, daß hier einmal nach dem Rechten gesehen wird, denn große Strecken wurden vom Hochwasser überschwemmt und viele Sachen sind vernichtet worden. Es gab einmal eine Zeit, wo man im Bliestal eine solche Überschwemmung gerne gesehen hat, aber heute, wo die Blies durch die Industrie verunreinigt ist, werden die Felder nicht wie früher befruchtet, sondern zerstört. Am Flußlauf der Blies befinden sich viele Kleinbetriebe, die Schaden erleiden müssen, auch Großbetriebe wie das neunkirchener Eisenwerk,das einen Millionenschaden aufzuweisen hat. Weiter sind Schäden entstanden durch Verkehrsstörungen, Hinwegreißen von Brücken. Diese Schäden müssen von den Gemeinden gutgemacht werden. Hier hat man die Möglichkeit einen großen Teil Erwerbslose an diesem Projekt unterzubringen. Nun wird die Regierungskommission sagen, das Projekt kostet sehr viel Geld. Aber, meine Herren, der Finanzierung dürften keine große Schwierigkeiten entgegenstehen. Rechnen wir einmal aus, die Einsparung an Erwerbslosenunterstützung, die Einsparung an Hochwasserentschädigung, der Ausfall an Steuern. Rechnen Sie diese Summen zusammen, dann kommen Sie weit über die Hälfte des Prozentsatzes. Auf der anderen Seite,was wird erreicht durch die Regelung ? Tausenden von Familien kann wieder Verdienstmöglichkeit gegeben werden sowie Geschäftsleuten, Handwerkern usw. Diese nehmen Anteil an dieser Bewegung des Arbeitsmarktes. Und durch Brückenbauten, die

erforderlich

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

erforderlich sind, können auch größere Firmen mit Aufträgen bedacht werden. Deshalb möchte ich Sie bitten, unserem Antrag einstimmig zuzustimmen. Ob ein Zweckverband oder eine Genossenschaft gebildet werden müssen, soll nur eine formale Sorge sein. Neben der Regulierung der Blies müssen auch das Gebiet der Prims reguliert und der unteren Saar kanalisiert werden. Auf Jahre verteilt, sind die vorgeschlagenen Projekte gut möglich und die Regierungskommission kann sich durch die Durchführung der Projekte ein dauerndes Denkmal setzen.

Meine Herren! Ich kann Ihnen auch verraten, daß die Regierungskommission ihren guten Willen bereits bekundet hat in einem Schreiben, das sie an meine Fraktion gerichtet hat. Sie schreibt:

„Mit Schreiben vom 3.November betr. Regulierung der Blies. Ich beehre mich, den Empfang zu bestätigen und Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die Regierungskommission beschlossen hat, den von Ihnen gegebenen Anregungen näher zu treten."

Ich erkenne an, daß dadurch die Regierungskommission ihren Willen gezeigt hat mitzuhelfen und möchte auch Sie bitten, den guten Willen durch einmütige Zustimmung zu unterstützen.

(Bravo- Rufe !)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

263

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Meine Herren! Meine Fraktion stimmt den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners betr. Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit zu. In dieser Erkenntnis hat die Deutsch-Saarländische Volkspartei im Landesrat und bei anderen Gelegenheiten immer zur rechten Zeit auf die alljährliche Arbeitslosigkeit bei den Saisonarbeitern hingewiesen und sich für eine entsprechende Verteilung der Aufträge seitens der Regierungskommission eingesetzt. Auf eine Eingabe der Handwerkskammer an die Regierungskommission, für den besonders harten Winter Arbeitsgelegenheit zu schaffen, hat die Abteilung Volkswohlfahrt geantwortet, die Eingabe sei weitergegeben und die Gemeinden seien darauf aufmerksam gemacht worden,Arbeit zu beschaffen. Bei diesem Hinweis fehlt allerdings etwas. Die Regierungskommission hätte den Gemeinden auch sagen müssen, wo sie die notwendigen Gelder hernehmen sollen. Es wurde vorhin schon darauf hingewiesen, daß die Regierungskommission immer noch nicht die Anleihe der Stadt Saarbrücken genehmigt hat.Die Anleihen der Kreise sind viel zu spät gegeben worden und dazu in einer Zeit, in der kaum Geld zu beschaffen war.

Herr Kiefer hat auf die wilden Händler hingewiesen, die das Saargebiet überschwemmen und den Arbeitern Waren aufschwätzen zu Bedingungen, die er vorhin gekennzeichnet hat. Auch ist zwischenzeitlich der Zettel herumgegangen, aus dem auch der Herr Staatskommissar ersehen kann, wie die Geschäfte gehandhabt wurden. Wie ist es möglich, daß diese wilden Händler, die Ausländer sind,sich auf die Hinterbliebenen von Maybach stürzen können? Die Papiere dieser Leute müßte man einmal nachprüfen. Das Paßamt müßte bei jedem Einzelnen nachprüfen, wann und wie er in's Saargebiet gekommen und wie er zu den Papieren gekommen ist. Ich glaube, es ist auch notwendig, daß eine Nachprüfung des Paßamtes selbst erfolgt. Es wird sich da manches zeigen.

Die Regierungskommission hätte es in der Hand gehabt, für ein ziemlich umfassendes Winterarbeits-Beschaffungsprogramm zu sorgen, wenn sie sich rechtzeitig mit dem Problem befaßt hätte. Sie weiß seit langem, daß der Bahnschutz am 12.12. abzieht und Gelände und Gebäude freiwerden. Wir haben schon im Landesrat vor den großen Ferien darauf hingewiesen und von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind Eingaben eingegangen. Gute Arbeitsgelegenheit hätte durch Umbau der Kasernen beschafft werden können. Die Stadt Saarbrücken hat am 8.Oktober an die Regierungskommission den Antrag gerichtet, man möge ihr Gebäude für Zwecke der Stadt überlassen, und zwar die Infanteriekaserne für Wohnzwecke, die Dragonerkaserne für Schulzwecke und das ehemalige Bezirkskommando für den Arbeitsnachweis. Wir können der Regierungskommission den Vorwurf nicht ersparen,daß sie außerordentlich leichtfertig gehandelt hat, indem sie die Anträge der Stadt bis heute noch nicht erledigt hat. Die Regierungskommission hat zwar eine Antwort gegeben, die Anträge würden einer Kommission vorgelegt werden. Diese hat vor 14 Tagen einen Beschluß gefaßt, eine Denkschrift aufzustellen über die Verwendungsmöglichkeiten der Kasernen.Wer die Langsamkeit der Geschäfte kennt, weiß, daß über dieser Denkschrift der Winter längst vergangen sein wird. Jetzt bemüht sich die Stadt Saarbrücken, die Exerzierhalle der 70 er Kaserne zu bekommen, um dort 75 obdachlose Familien unterzubringen. Die Stadt Saarbrücken hätte damit einen doppelten Effekt erzielt: einmal die Unterbringung der Obdachlosen und einmal Arbeit der Arbeitslosen. Warum gibt

<u>die</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4 I

die Regierungskommission diese Räume nicht frei? Ihr Eigenbedarf ist längst gedeckt.

Der Abzug des französischen Militärs ist scheinbar den Franzosen sehr unschmackhaft, weil das französische Mitglied der Regierungskommission alles daran setzt, den sogenannten Bahnschutz aufrecht zu erhalten. Wir wissen, daß er dieses Ziel in's Auge gefaßt hat und wissen auch, daß er die Dinge nicht auf so plumpe Art anfaßt, wie sein Vorgänger. Wir wissen, daß er sich Helfershelfer beschafft hat, sei es durch maskiertes französisches Militär oder durch Lumpengesindel à la Micum. Wir möchten ihn daran erinnern, daß schon einmal eine Regierungskommission zur verantwortlichen Vernehmung vor den Völkerbundsrat geladen wurde, daß schon einmal ein Beauftragter des Völkerbundssekretariats in Saarbrücken die Bevölkerung über die Praktik der Regierungskommission vernommen hat, zu einer Zeit, als Deutschland in Genf noch nichts zu bedeuten hatte.

Die Beamten der Regierungskommission scheinen die Arbeitsbeschaffung geradezu zu sabotieren. Ein Beispiel ist die von den Engländern zuletzt besetzt gewesene Ulanenkaserne. Diese Kaserne ist seit länger als einem Jahre geräumt. Die Stadt Saarbrücken hat die Regierungskommission gebeten, ihr dieses Gebäude zu geben für die Zwecke einer Handelsschule. Die Regierungskommission hat dem zugestimmt und die zuständigen Pläne eingefordert, eine besondere Kommission gebildet, deren Vorsitzender Ministerialrat Colling von der Schulabteilung ist. Diese Kommission hat sich mit den Plänen befaßt, ob der Ausbau nicht zu üppig und nicht zu viel Geld verbraucht wird. Es ist doch eigentümlich, daß die Stadtverordneten erklären, sie könnten den Aufwand gutheißen, aber eine landfremde Regierung maßt sich an, zu untersuchen, ob die Mittel nicht gekürzt werden könnten. Inzwischen hat die Regierungskommission die Kostenvorschläge beanstandet mit Gründen, die teilweise lächerlich sind. So hat sie festgestellt, daß die Fassade des Hauses besser in Backsteinen ausgeführt würde, als daß man den Bau verputze. Auf diese Weise verzögert man die ganze Arbeit über den Winter. An jeder entscheidenden Stelle der Regierungskommission sitzen Franzosen oder Franzosengenossen. Man muß sich fragen, was leiten diese Leute bei dieser Sabotage der Arbeitsbeschaffung. Die Regierungskommission erklärt immer wieder auf Anfrage: Die Angelegenheit schwebt, - jedoch die Arbeit fehlt-.

(Zwischenruf der Kommunisten: Sie haben die Anstreicherarbeiten wohl noch nicht erhalten.)

Die Arbeitsbeschaffung liegt doch am meisten im Interesse der Parteimitglieder von Ihnen.

(Zwischenruf der Kommunisten: Die hätten Sie längst herausgeschmissen!)

Wer das größte Interesse daran hat, ist schwer zu sagen. Es liegt auf beiden Seiten, sowohl bei den Arbeitnehmern wie bei den Arbeitgebern. Wenn man die Stimmen der Vertreter der Bevölkerung von hier aus nicht beachte, so ist nicht einzusehen, warum die politischen Parteien nicht auch einen Vierteljahresbericht nach Genf geben könnten, um die wirklichen Verhältnisse darzulegen, denn die Berichte der Regierungskommission sind als gefärbt und frisiert anzusehen.

Die Regierungskommission hat wiederholt Beamten verboten, über dienstliche Angelegenheiten in der Öffentlichkeit zu sprechen. Der Herr Regierungsvertreter möge sich einmal

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4 I

einmal äußern, ob unter diesem Verbot auch die Unterrichtung der gewählten Vertreter der Bevölkerung,also des Landesrates, zu verstehen ist.

Um die Arbeitsmöglichkeit zu vermehren hat die Deutsch-Saarländische Volkspartei einen

A n t r a g

über Bekämpfung der Schwarzarbeit

eingebracht:

"Die Deutsch-Saarländische Volkspartei stellt an die Regierungskommission den Antrag,dem Landesrat eine Vorlage zur Bekämpfung der überhand nehmenden nebenberuflichen Tätigkeit im Handwerk zugehen zu lassen, in der die Schwarzarbeit unter Strafe gestellt wird.

Gleichzeitig stellt die Deutsch-Saarländische Volkspartei den Antrag, die Regierungskommission möge in gleicher Weise, wie dies verschiedene Länderregierungen im Reich gemacht haben, die Behörden anweisen, schon jetzt der Bekämpfung der Schwarzarbeit ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere geeignete Maßnahmen zu besserer steuerlicher Erfassung der Schwarzarbeit zu ergreifen.

B e g r ü n d u n g:

Infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage,insbesondere der großen Arbeitslosigkeit, der Einführung von Feierschichten und Kurzarbeit und der damit verbundenen Einkommensschmälerungen hatvdie nebenberufliche Tätigkeit im Handwerk stark zugenommen. Wenn es auch verständlich ist,daß die Arbeitnehmer den Lohnausfall durch Nebenarbeit auszugleichen versuchen, so muß doch gegen diese Tätigkeit zum Schutze des Handwerks eingeschritten werden, das bei der verringerten Kaufkraft der Bevölkerung und des Rückganges an Aufträgen durch die ungünstige Wirtschaftslage schon genug zu leiden hat.

Bisher ist wohl die Schwarzarbeit schon ständig bekämpft worden und es muß hierbei anerkannt werden, daß Behörden und Arbeitgeber das Handwerk hierin unterstützt haben. Eine Ausnahme macht allerdings die französische Grubenverwaltung, die von einigen Sonderfällen abgesehen, sich bisher den Wünschen des Handwerks völlig ablehnend verhalten hat. Es mußte daher die Bekämpfung der Schwarzarbeit großenteils wirkungslos bleiben.

Das bedrohliche Ausmaß, das die Schwarzarbeit infolge der zunehmenden Bestrebungen der Arbeitnehmer, einen Ausgleich für Verdienstausfall in der gewerblichen Nebenarbeit zu finden, in letzter Zeit angenommen hat, zwingt nun zu besonderen Maßnahmen. Einige Länderregierungen im Reich haben auf die gleichen Beschwerden des Handwerks schon Anweisungen an die Behörden gegeben, ihr Augenmerk auf die Bekämpfung der Schwarzarbeit zu lenken und von sich aus Maßnahmen zur Erfassung der nebenberuflichen Tätigkeit zu treffen. Wir zählen hier auf: die preußische Regierung, die bayerische Regierung, die badische Regierung und die hessische Regierung. Diese Erlasse stellen jedoch nur vorläufige Maßnahmen dar und es liegen in diesen Ländern schon Anträge auf ein Verbot der Schwarzarbeit vor. Im Saargebiet müssen zum Schutz des Handwerks gleiche Maßnahmen gesetzlicher Art getroffen werden

und

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4 I

und es sind insbesondere auch Maßnahmen zur besseren steuerlichen Erfassung der gewerblichen Nebenarbeit erforderlich. Da zur Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen wohl längere Zeit benötigt wird, ist es zweckmäßig, dem Vorgehen der erwähnten deutschen Länderregierungen entsprechend auch im Saargebiet sämtliche Behörden anzuweisen, schon jetzt von amtswegen gegen die Schwarzarbeit vorzugehen."

Gerade für den kleinen Handwerker muß etwas geschehen. Den Vorschlägen wegen Regulierung der Blies kann man weitgehend folgen. Regulierungsarbeiten, Brückenbau und dergleichen innerhalb der Stadt Neunkirchen erfordern etwa 12 Millionen Franken. Die Mittel können beschafft werden, wenn die Regierungskommission Zuschüsse leistet. An den Hochwasserschäden ist die Regierung zumTeil selbst schuld, weil sie die Aufgabe der Flußregulierung versäumt hat. Auch die Regulierung des Sulzbachs und der unteren Saar ist zu vertreten. Die Entschädigung an die Hochwassergeschädigten soll man nicht nur zahlen, wenn die Existenz gefährdet ist, sondern nach Möglichkeit allen Hilfsbedürftigen.

Ein weiterer Antrag meiner Fraktion betrifft den

K a r t o f f e l z o l l.

"Wir ersuchen die Regierungskommission, sich bei der französischen Zollverwaltung dafür einzusetzen, daß vor dem Inkrafttreten französischer Zollerhöhungen den Vertretern der saarländischen Wirtschaft ein Anhörungsrecht eingeräumt wird. Vor allem bitten wir, dafür Sorge zu tragen, daß im Benehmen mit den interessierten Kreisen des Saargebietes eine Herabsetzung des Kartoffelzolls auf eine erträgliche Höhe erreicht wird.

B e g r ü n d u n g :

Die wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes weichen sehr oft von denen des übrigen französischen Zollgebietes derart ab, daß es nicht angängig ist, der saarländischen Wirtschaft das Recht auf vorherige Anhörung, das man der französischen Wirtschaft gewährt, zu verweigern.- So ist z.B. am 18.Juli der Kartoffelzoll von 6.-auf 15.-ffr. erhöht worden, ohne vorher mit der saarländischen Wirtschaft Fühlung zu nehmen. Die Folge davon ist eine empfindliche Verteuerung der saarländischen Lebenshaltung. Da die saarländische Landwirtschaft ihre Kartoffelernte bereits abgesetzt hat, ist es dringend notwendig, daß der Saarbevölkerung durch erhebliche Herabsetzung des Zolls eine verbilligte Deckung ihres Bedarfs ermöglicht wird."

Ferner beantragt meine Fraktion, daß die Regierungskommission nunmehr umgehend dem Landesrat eine Vorlage zugehen läßt, die

Aufwertung von Sparkassenguthaben, Industrieobligationen usw

vorsieht.

Begründung.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

Begründung:

Bei der Vorlage der Verordnung über die Aufwertung von Hypotheken stellte die Regierungskommission in Aussicht, daß in Kürze eine weitere Verordnung folgen sollte, die eine Ausdehnung der Aufwertung auf die anderen Forderungen vorsah. Auf diese Vorlage haben wir fast 2 1/2 Jahre lang vergeblich gewartet. Eine längere Hinauszögerung ist wegen der damit verbundenen Ungerechtigkeiten völlig untragbar. Wir verweisen nur darauf, daß viele Leute als Hypothekenschuldner jetzt Aufwertung zahlen müssen, ohne daß dieselben in ihrer Eigenschaft als Gläubiger von Sparkassenguthaben Aufwertung erhalten. Dieselbe Ungerechtigkeit ergibt sich naturgemäß im umgekehrten Falle. Eine umgehende Beseitigung dieses krassen Mißstandes erscheint dringend erforderlich.

Bezüglich der Kurzarbeiterfürsorge und des Arbeitsnachweises haben die Wirtschaftsorganisationen Eingaben an die Regierungskommission gemacht. An Stelle der von der Regierung vorgesehenen Arbeitsnachweise würden für das Saargebiet drei bis vier genügen. Es besteht der Verdacht, daß personelle Rücksichten bei der Bildung dieser Arbeitsnachweise maßgebend sind.

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Die Debatte gibt mir Veranlassung, Ihnen über einige von den Herren Vorrednern angeschnittene Fragen nähere Aufklärung zu geben. Ich behandle sie in der Reihenfolge meiner Notizen.

1) Kartoffelzoll!

Die Frage der Möglichkeit einer Senkung des Kartoffelzolls ist von der Regierungskommission aus Anlaß einer Eingabe der Kartoffelgroßhändler vom Monat August ds.Js. geprüft worden. Die Prüfung ergab, daß der Senkung des Zolls unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Dieselben liegen insbesondere darin, daß die saarländische Landwirtschaft nach dem Gutachten der Landwirtschaftskammer auf den Kartoffelbau eingestellt ist und hierin ihre Haupteinnahme findet. Sie benötigt zu ihrer Existenz angemessene Kartoffelpreise, Preise, die sie in die Lage setzen, zu konkurrieren. Besondere Maßnahmen konnten daher nur in's Auge gefaßt werden für die Beschaffung von Saatkartoffeln, welche aus dem Reich in bedeutendem Umfang eingeführt werden müssen. Zur Erleichterung dieser Einfuhr sind Beihilfen für Landwirte in Aussicht genommen.

2) Schwarzarbeit.

Der Abgeordnete Schmelzer wünscht die Unterbindung der Schwarzarbeit. Hierzu fehlt es an gesetzlichen Handhaben. Der Einführung entsprechender Maßnahmen dürfte der Grundsatz der Gewerbefreiheit entgegenstehen. Die einzige Möglichkeit dürfte in der steuerlichen Erfassung derartiger Arbeiten liegen.

(Zuruf des Abg.Schmelzer (DSV): Die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit ist auch ein Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit.)

3. Hochwasserschäden.

Die Oktoberüberschwemmungen haben die Regierungskommission veranlaßt, Beihilfen für die Personen in Aussicht zu nehmen, deren Existenz durch Hochwasserschäden gefährdet worden ist. Die Folgen des neuen Hochwassers sind noch nicht zu übersehen. Das Material hierüber liegt noch nicht vor. Eine Stellungnahme der Regierungskommission zu diesem Schaden ist daher noch nicht erfolgt.

4. Bliesregulierung.

Wie bereits von Herrn Lieser vorgetragen, ist der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Abteilung für öffentliche Arbeiten zur Prüfung und Begutachtung überwiesen worden.

5. Aufwertung der Sparkassendarlehen.

Die Frage befindet sich noch im Stadium der Kommissionsberatungen. Die Sparkassen sind neuerdings aufgefordert worden, ihre Aufstellungen über die Aufwertungsmaßnahmen auf den heutigen Stand zu bringen. Es steht zu erwarten, daß die Kommission ihre Arbeit bis Ende dieses Jahres beenden und die Regierungskommission ihre Vorschläge unterbreiten wird. Die Lage der einzelnen Sparkassen ist sehr verschieden. Die Regelung erfordert infolgedessen eingehende Prüfung.

6.Kasernen.

Der Kritik des Abgeordneten Schmelzer zur Kasernenfrage halte ich folgendes entgegen: Über die Verwendung

der

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4 I

der freigewordenen Kasernen gingen verschiedene Vorschläge ein. U.a. kam auch die Beschaffung von Büroräumen für die Regierung selbst in Frage. Eine besondere Kommission mußte daher eingesetzt werden, um die Vorschläge zu prüfen und zu begutachten. Was das durch den Abzug des englischen Teils der Bahnschutztruppen freigewordene Mannschaftsgebäude der Ulanenkaserne anbelangt, auf das besonders hingewiesen worden ist, so schweben Erwägungen über die Verwendung desselben seit Februar ds.Js. Auf der einen Seite stand ein Projekt mit einem Kostenaufwand von 600 000 Franken 28 Wohnungen einzurichten, auf der anderen Seite der Plan, das Gebäude der Stadt Saarbrücken zur Verwendung als öffentliche Handelsschule zu überlassen. Die Kosten der Herrichtung als Schule schätzte die Abteilung für öffentliche Arbeiten im Frühjahr ds.Js. auf 200 000 Franken. Der Vertragsentwurf mit der Stadt Saarbrücken war bereits in Vorbereitung, als die Stadt ein Umbauprojekt einreichte, das einen Kostenaufwand von 1 873 846 Franken erforderte. Hierdurch trat eine neue Sachlage ein, die eine abermalige Prüfung in bautechnischer, schultechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht erforderte. Die zweckentsprechende Herrichtung der Schulsäle gab zu Erörterungen Anlaß, ebenso aber auch die Wirtschaftlichkeit des Umbaues. Es trat die Auffassung zu Tage, daß mit dem angegebenen Kostenaufwand fast ein Neubau erstellt werden könnte. Neuerdings ist nun ein neues Projekt der Stadtverwaltung eingegangen, das einen Kostenaufwand von 2.838.000.- Franken für den eigentlichen Umbau und eine Ausgabe von 653 000 Franken für die Inneneinrichtung vorsieht. Wenn auch diese Bau-und Einrichtungskosten in der Hauptsache nicht von der Stadtverwaltung betragen werden, erachtete die Abtl. für öffentliche Arbeiten die Notwendigkeit für gegeben, darauf aufmerksam zu machen, daß nach dem Projekt die Kosten des Umbaues für den cbm. umbauten Raum sich auf 160 Franken stellen würden und daß hierfür ein Neubau erstellt werden könnte. Der cbm.umbauter Raum kostet nach ihren Feststellungen für das Gymnasium St.Wendel 152 Franken, für das neue Postgebäude 141 Franken. Eine nutzbringende Verwendung des Gebäudes erscheint bei dieser Sachlage nach der Auffassung der Abtl.für öffentliche Arbeiten nicht gegeben. Die im Gebäuse investierten Werte an Material und Arbeit würden der Wirtschaft nahezu verloren gehen. Es ist daher zu erwarten, daß die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung zunächst fortgeführt werden müssen. Bezüglich der weiter erwähnten Exerzierhalle ist zu erwarten, daß eine Entscheidung bald ergehen wird.

Der Abgeordnete Schmelzer hat nun die Behauptung aufgestellt, daß ein Mitglied der Regierungskommission sich bemühe, den Bahnschutz wieder einzuführen. Die Bahnschutzfrage ist durch den Völkerbund entschieden. Es ist völlig ausgeschlossen und ich muß die hierauf bezügliche Behauptung nachdrücklich zurückweisen, daß eine Wiedereinführung des Bahnschutzes versucht werde. Es ist mir auch nichts davon bekannt, ich glaube daher auch diese Behauptung zurückweisen zu müssen, daß an die Ersetzung des Bahnschutzes durch eine andere Einrichtung gedacht ist.

7) Polizeiliche Übergriffe in Elversberg.

Von kommunistischer Seite ist die Behauptung aufgestellt worden, Polizei und Landjäger seien mit blanker Waffe gegen Demonstranten in Elversberg ohne vorherige Verwarnung und Aufforderung eingeschritten. Ich habe mich über den tatsächlichen Sachverhalt sofort erkundigt und von zwei amtlichen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

amtlichen Stellen die übereinstimmende Auskunft erhalten, daß die Demonstranten wiederholt aufgefordert worden sind, auseinanderzugehen. Sie haben diesen Aufforderungen nicht gefolgt, sondern im Gegenteil Polizei und Landjäger bedroht. Es blieb diesen daher nichts übrig, als von der Waffe Gebrauch zu machen.

8) Anfrage Schmelzer betr.: Schweigepflicht der Beamten gegenüber Mitgliedern des Landesrates.

Die Schweigepflicht gilt selbstverständlich allgemein, auch gegenüber Mitgliedern des Landesrates.

Ich behalte mir vor, auf die Anfrage zurückzukommen. Sie ist mir soeben erst gestellt worden. Die Auffassung der einzelnen dienstlichen Stellen kenne ich nicht.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß !

Abg. Weiß (KPO): Meine Herren! Wir haben uns heute morgen sehr eingehend mit der Maybacher-Katastrophe beschäftigt. Wenn wir allerdings nicht auf den Kern der Dinge eingehen und uns lediglich nach einer solchen Katastrophe einmal damit beschäftigen und uns dann darüber unterhalten,evtl. den Familien eine Unterstützung bewilligen, dann kommen wir keinen Schritt weiter, wenn wir nicht das zweite Problem,das während der Debatte in den Vordergrund gestellt wurde,vor allem die Frage der Arbeitszeit,lösen. Wir sehen, daß auf der ganzen Linie ein allgemeiner Lohn-und Preisabbau propagiert wird, an deren Spitze die Brüning-Regierung steht. Die von Brüning eingeleiteten Maßnahmen im Reich sind bereits auf das Saargebiet übertragen worden. Wir konstatieren, daß davon lediglich nur die werktätige Bevölkerung betroffen wird, und daß derartige Katastrophen, wie wir sie hinter uns haben nur die weitere Folge des Lohnabbaues sein werden.

Die Frage der Arbeitszeit ist eine der wichtigsten, und es muß Aufgabe der Regierung sein, sich eingehend damit zu beschäftigen. Um solche Massenunglücke und Einzelunfälle zu verhüten, ist es notwendig,

1) daß der Lohn, das Einkommen der Arbeiterschaft allgemein erhöht und

2) die Arbeitszeit verkürzt wird.

Das sind die ersten Voraussetzungen, um es überhaupt zu ermöglichen, derartige Katastrophen und Unfälle auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Bei den wirtschaftlichen Verhandlungen wird allerdings immer nur von einem Abbau des Lohnes, sondern Erhöhung des Lohnes, und wenn ich heute morgen den Zwischenruf gemacht habe:" wenn es nichts kostet" so deswegen, weil, wenn wir uns in diesem Parlament auseinandersetzen, sich zeigt, auf welcher Seite diese Herren stehen.

Die Saarbrücker Zeitung hat am 16.Oktober 1930 anläßlich des Berliner Streiks und des Schiedsspruchs,der für die Berliner Metallarbeiter gefällt worden ist,einen Artikel gebracht. Dort haben die Arbeitgeber-Vertreter eine Erklärung veröffentlicht,die folgenden Wortlaut hat:

"Die Arbeitgeber sehen in dem Vorschlag(der Gewerkschaften) kein geeignetes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit dadurch nur vergrößert wird, da die Bewegungsfreiheit der Betriebe eingeengt und die Produktionskosten gesteigert würden. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit sei nur durch Selbstkostensenkung möglich. Dazu gehört die Senkung des Lohnes,gegebenenfalls durch Verlängerung der Arbeitszeit mit entsprechend gekürztem Stundenlohn. Unter diesen Umständen wird sowohl ein gesetzlicher Zwang zur Verkürzung der Arbeitszeit, als auch eine entsprechende Bindung durch Tarifverträge abgelehnt."

Die Herren Arbeitgeber stehen also auf dem Standpunkt: um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, daß die Löhne noch mehr abgebaut werden und die Arbeitszeit noch verlängert wird. Durch diese Maßnahmen wird erstens die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern sie wird nur vergrößert und zweitens werden sich so furchtbare Katastrophen,

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

wie wir sie eben jetzt erst erlebt haben, noch in kürzeren Zeitspannen vor unseren Augen abspielen, wie es gegenwärtig der Fall gewesen ist.

Wir haben den Geschäftsabschluß des Röchling-Konzern vor uns liegen und stellen fest, daß die Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke wieder 13.98 Millionen Franken Reingewinn gehabt haben und daß das Edelstahlwerk einen solchen von 2.43 Millionen Franken hatte gegenüber 1.62 Millionen im Vorjahre. In diesen Betrieben ist wiederum eine Dividende von 15 % verteilt worden.

(Zwischenruf des Abg.Schmelzer(DSV): Auf welches Kapital?)

(Zu Herrn Schmelzer gewendet): Ich habe heute bereits den Vorschlag gemacht, daß Sie ihren Platz besser auf der Regierungsbank einnehmen würden, denn Sie scheinen zu der Regierung tatsächlich bessere Beziehungen zu haben, wie die Regierungsvertreter selbst. Im übrigen können Sie sich ja an ihren Parteifreund Röchling wenden, um sich diese Zahlen geben zu lassen.

Eins steht aber fest und davon bin ich überzeugt,daß der Reingewinn wesentlich höher ist, denn diese Zahlen entsprechen noch lange nicht der Wirklichkeit. Die Zahlen, die man der Öffentlichkeit übergibt, sind nicht die richtigen.

Man hat in diesem Berichte darauf hingewiesen,daß im verflossenen Jahre die 3 % ige Erhöhung des Lohnes sich auf das Geschäftsergebnis ungünstig ausgewirkt habe, demgegenüber stellen wir fest, daß heute die Reallöhne niedriger sind, wie früher. Die gesamten Unternehmungen in der Schwereisenindustrie sowie auch im Bergbau haben bereits im Laufe des Jahres infolge der Rationalisierung wesentlich höhere Gewinne erzielt.Den Lohnabbau, den man jetzt erneut seitens der Unternehmer fordert, hat man bereits im Laufe des Jahres im Saargebiet wie im Reich durchgeführt. In den letzten Tagen und Wochen ist hier im Saargebiet kein Preisabbau eingetreten, sondern Preissteigerungen und wir stellen auch weiterhin fest, daß die Unternehmer hier im Saargebiet nichts anderes verfolgen, als diejenigen im Reich, um auch hier einen weiteren Lohnabbau durchzuführen. Werden die Löhne noch weiter gesenkt, dann werden weitere Katastrophen die Folge sein. Die „Saarbrücker-Zeitung" brachte eine Meldung über Kündigungen der Tarifverträge im Ruhrbergbau. Es wurde eine Dementierung angefügt,daß zwar Kündigungen im Ruhrgebiet in absehbarer Zeit erfolgen werden,daß aber über den Zeitpunkt der Kündigung und über die Höhe der Lohnsenkung noch kein Beschluß gefaßt sei. Ich kann mir denken, daß jetzt in der kritischen Situation, wo fast 300 Bergleute im Ruhrgebiet gemordet wurden, man nicht wagen wird, sofort den Beschluß zu fassen, die Löhne abzubauen. Aber, wenn mal eine Zeit verstrichen ist, dann wird man die braven Kumpels, die man auch jetzt anläßlich des Maybacher-Grubenunglücks mit honigsüßen Reden gefüttert hat, wieder anders behandeln und sagen, die Löhne müssen abgebaut und die Arbeitszeit verlängert werden.

Es ist immer nur in den Zeiten, wenn große Massenunglücke vorkommen, daß sie auch selbst in den bürgerlichen Zeitungen ein warmes Wort für die Arbeiter finden und wenn erst wieder etwas Gras darüber gewachsen ist, dann werden die Maßnahmen der Unternehmer nicht nur gebilligt, sondern noch unterstützt.

Es wurde heute morgen von dem sozialdemokratischen Vorredner bedauert, daß die Erwerbslosenversicherung im Saargebiet noch nicht eingeführt worden sei. Ich bin der Auffassung, daß,

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4 I

daß, wenn diese Leute bis jetzt noch nicht geheilt sind, sie auch in Zukunft nicht geheilt werden können. Durch die Erwerbslosenversicherung wird das Massenelend nicht beseitigt werden können. Wir haben gerade in den letzten Monaten feststellen müssen, daß auf dem Gebiete der Krankenversicherung ein Abbau erfolgt ist, um anderseits die Beiträge für die Erwerbslosenversicherung zu erhöhen und trotzdem ist man nicht imstande, auch mit Hilfe der Erwerbslosenversicherung, den Arbeitslosen zu helfen. Die Hilfe ist nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden möglich. Im Mai haben wir bereits darauf hingewiesen und wir nehmen erneut Bezug auf die damals bereits gestellten Anträge. Ein weiterer notwendiger Schritt ist der, daß man nicht in den Vordergrund die Herabsetzung der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit stellt, sondern die hohen Gehälter der höheren Beamten abbaut. Tausende und Abertausende, ja Millionen werden da gespart, die im Interesse der Arbeitslosen verbraucht werden könnten. Man hat vor einigen Monaten geschrieben, daß die Regierung des Saargebietes sich mit einem Gehaltsabbau beschäftigen würde. Man hat von den Dingen nichts mehr gehört. Man sagte, der Abbau werde sich anlehnen an die reichsgesetzlichen Bestimmungen. Das Ganze wird darauf hinauslaufen, daß bei den unteren Beamten,Angestellten und Arbeitern abgebaut wird und bei den oberen einige neue Gehaltsstufen eingereiht werden, sodaß sie am Ende mehr bekommen,als vor dem Abbau. Neben dem Abbau der Gehälter der hohen Beamten betrachten wir es als wichtigste Aufgabe, die Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen, nicht aber Abbau der Löhne. Das war es, was ich Herrn Schmelzer mit meinem Zwischenruf sagen wollte, daß er immer bewilligen würde, wo es nichts kostet. Wenn es sich um Verbesserungen für die Arbeiter handelt, da sind sie nicht dafür. Es wird nichts anders gehen, als wie mein Parteifreund Reinhard schon gesagt hat, daß die Arbeiter sich auf den Boden des Klassenkampfes zurückfinden, sich besinnen und selbst bessere Arbeitsbedingungen schaffen müssen.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg. Levacher (Z): Meine Herren! Was den

Bahnschutz

angeht, so hat es uns ernstliche Sorge bereitet, daß er überhaupt einmal wegkommt. Die Regierungskommission möge sich gesagt sein lassen, daß wir die Dinge verfolgen wie sie es verdienen.

Was die einzelnen Anträge angeht,folgendes:

Zu dem Antrag betr.

Aufwertung von Sparkassenguthaben

erinnere ich daran, daß wir die Zustimmung zu dem Aufwertungsgesetz davon abhängig gemacht haben, daß eine Aufwertung der Sparkassenguthaben folgt. Die Regierungskommission hat uns das damals versprochen und jetzt erhalten wir die Mitteilung, daß eine Kommission sich mit dieser Frage beschäftigt. Es wäre zu wünschen, daß diese Kommission den Beschluß faßt, daß sie tut, was das Reich gemacht hat. Daß man aber über 2 Jahre und mehr darüber beraten muß, ist mir nicht klar.

Was die

Planung

anlangt, ist zuzugeben, daß planlos gewirtschaftet wurde und es kommt so, daß jeder macht, was er will. Würde die Planung nach richtig aufgestellten Grundsätzen erfolgen, dann könnte viel Geld gespart werden.

Was den

Rundfunk

anbelangt, so soll denen, die einen Empfangsapparat haben, ihr Genuß bleiben. Ich möchte aber einschalten, daß diejenigen, die keinen Apparat haben, auch von den Rundfunkteilnehmern nicht gestört werden.

Es ist eine alte Klage, daß im Gegensatz zu anderen Verwaltungsgebieten die Gemeinden kein Geld haben, während die Regierungskommission sehr viel Geld zur Verfügung hat. Es zeigen uns diese Verhältnisse, daß das Geld, was wir an Steuern zahlen nach einem falschen Verteilungsschlüssel verteilt wird, sonst könnte es nicht vorkommen, daß die Gemeinden nichts haben und die Regierungskommission auf dem Gelde sitzt und es nicht ausgibt. Die Regierungskommission müßte also in Erwägung ziehen, ob kein anderer Verteilungsschlüssel angewandt werden kann. Wir wissen heute noch nicht die richtigen Ausgaben, wissen noch nicht, wie sie sich verteilen an Beamtengehälter,Zuschüsse udglm.. Ich werde in nächster Zeit Gelegenheit nehmen,genau präzisierte Anfragen zu stellen.

Ferner dürfen wir daran erinnern, daß wir im Mai ds.Js. dringend gebeten haben,Arbeit zu beschaffen. Der

Herr

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4 I

Herr Lieser scheint mir im Stromgebiet der Blies zu wohnen, er hat die anderen Gebiete vergessen. Wir haben den Bau der Köllertalstraße verlangt, die Regulierung des Köllerbaches usw. Bei der großen Überschwemmung der Saar ist etwas wahr geworden, der Begriff Saareinwohner ist wahr geworden,es gibt wirklich Saareinwohner. Mir ist gesagt worden, daß die Regierungskommission das Baggern eingestellt habe, und daß das Hochwasser zu einem Teil hierauf zurückzuführen ist. Ich möchte allerdings keine Schlußfolgerungen ziehen bevor ich das weiß. Ich möchte den Herrn Staatskommissar fragen, ob gebaggert worden ist oder nicht.

Wir haben eine andere Anfrage an den Herrn Staatskommissar. Wir haben uns im Landesrat bitter beschwert über die Schulfälle in Jägersfreude. Wir warten auf das Resultat der Untersuchung. Verschiedene Leute sind schon vor 4 bis 5 Monaten vernommen worden, wozu die französische Grubenverwaltung so liebenswürdig war, die Ladung zu übernehmen. Es ist uns auch klar, daß die Bilder, die die Regierungskommission nach Genf zaubert, nicht der Wirklichkeit entsprechen. Es wird angebracht sein, dies in Genf in's richtige Licht zu rücken.

Dem Antrag, daß man Saatkartoffeln aus Deutschland einführen soll, stimmen wir zu. Es ist aber eine eigentümliche Sache, jetzt wo man sich bemüht, die Preise herabzusetzen, diese mit Hilfe der Zollverwaltung in die Höhe zu treiben. Im Sommer 1930 hat man es für nötig gehalten, ohne daß sich die Regierungskommission dagegen gewehrt hätte, den Zoll für Schweine auf 150 - 200 Franken, für frisches Schweinefleisch auf 250 - 300, für Schweineschmalz auf 150 - 350, für Käse auf 120 - 200, für Mehl auf 30 - 35, für Kartoffeln 15 - 21 in der Zeit vom 1.März bis 1.Juli, in der übrigen Zeit 6 - 15 Franken je Doppelzentner. In einer Zeit, wo sich in Deutschland die Regierung Brüning bemüht, die Preise abzubauen, baut man hier die Preise in die Höhe. Ich wäre dankbar, wenn ich erfahren könnte, welche Schritte die Regierungskommission in dieser Frage zu tun gedenkt.

Wegen den Überschwemmungsschäden haben wir uns bereits an die Regierungskommission gewandt und eine schriftliche Antwort erhalten, daß die Regierungskommission beschlossen habe, Maßnahmen zu beraten, die getroffen werden sollen, und daß uns das Resultat bald mitgeteilt würde.

Vorsitzender: Die eingebrachten Anträge werden an die Regierungskommission weitergeleitet.

Die Tagesordnung ist somit erschöpft. Ich schließe die Sitzung(13 Uhr 30 Minuten).

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4 I